Bevölkerungsforschung *Aktuell*

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 4 • 2017
38. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wirtschaftskrise von 2008 hat deutlich gemacht, wie plötzlich auftretende Ereignisse demografische Entwicklungen beeinflussen können. So zeigte sich in den besonders betroffenen südeuropäischen Staaten im Zuge der Krise ein merklicher Rückgang bei den Fertilitätsraten. Mit dem ökonomischen Niedergang erfolgte vor allem in Spanien eine starke Schrumpfung der zusammengefassten Geburtenrate auf 1,27 Kinder je Frau im Jahr 2013. Dabei zählte das Land schon vor der Krise seit den späten 1990er Jahren zu den sogenannten „lowest-low-fertility"-Ländern in Südeuropa. Aber nicht nur beim Geburtenniveau machte sich die Krise bemerkbar, sondern auch in weitreichenden Verschiebungen des innereuropäischen Migrationssystems: So wandelte sich zum Beispiel Spanien von einem langjährigen Zuwanderungsland zu einem Auswanderungsland: Nach Angaben von Eurostat musste Spanien im Jahr 2014 die höchste Zahl von Auswanderern in Europa verkraften. Darunter befanden sich vor allem viele junge, gut ausgebildete Spanier mit Fremdsprachenkenntnissen und Auslandserfahrungen. Sie betrachteten die Abwanderung als einzige Möglichkeit, um eine Arbeit zu finden. Spanien wurde aus ihrer Sicht als Land wahrgenommen, in dem es an adäquaten Arbeitsmöglichkeiten fehlt. Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz im Ausland rückte besonders auch Deutschland ins Visier der abwanderungswilligen jungen Leute. Angesichts vieler damit verbundener Probleme stellt sich die Frage, welche Einflussfaktoren eine erfolgreiche Gestaltung des Migrationsprozesses beeinflussen. Susanne Stedtfeld, Lenore Sauer und Andreas Ette sind in ihrem Beitrag der Frage nachgegangen und konzentrieren sich am Beispiel der spanischen Entwicklung auf die Bedeutung sozialer Beziehungen für die Migrationsverläufe.

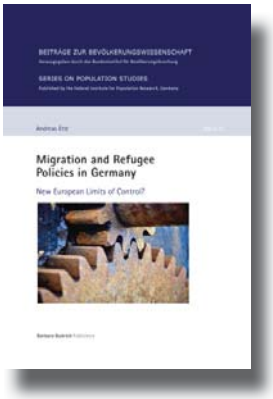
Dr. Evelyn Grünheid,
Forschungsdirektorin im BiB

„You´ll never walk alone!" – Die Bedeutung von sozialen Beziehungen für die Migrationsverläufe junger Spanierinnen und Spanier nach Deutschland

Mit der Verschlechterung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Spanien und anderen südeuropäischen Staaten im Zuge der Wirtschaftskrise 2008 wanderten zunehmend junge Menschen aus diesen Ländern in andere europäische Staaten ab. Dies galt insbesondere auch für junge Spanierinnen und Spanier, die in ihrem Heimatland keine Möglichkeit sahen, ihren Berufseinstieg umsetzen zu können. Deshalb versuchten viele ihr Glück auch in Deutschland. Nun stellt sich die Frage, welche Erfahrungen diese jungen binneneuropäischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten hier machten und welche Faktoren Einfluss auf die Entscheidung hatten, nach Deutschland zu migrieren.

Erste Aussagen deuten darauf hin, dass vor allem soziale Beziehungen eine große Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag auf der Basis von 33 qualitativen Interviews mit in Deutschland lebenden jungen Spanierinnen und Spaniern, wie solche Beziehungen den Migrationsprozess beeinflusst haben. Die Resultate der Studie bestätigen die Annahme, dass soziale Beziehungen in Migrationsprozessen wichtige Schlüsselrollen einnehmen. ➡ *Seite 2*

Zwischen Europäisierung und nationalen Interessen – Dr. Andreas Ette über Mechanismen und Bilanzen der europäischen Migrationspolitik



Wie groß das Spannungsfeld zwischen den Politikzielen der Nationalstaaten und einer gemeinsamen Migrationspolitik in Europa nach wie vor ist, hat das Flüchtlingsgeschehen seit 2015 verdeutlicht. Im zeitlichen Verlauf rückten nationalstaatliche Interessen immer stärker in den Vordergrund, die letztlich eine gemeinsame europäische Migrationspolitik im Sinne aller EU-Mitgliedstaaten erschweren. Hinzu kommt die über Jahrzehnte gewachsene Vielfalt der Flüchtlings- und Migrationspolitik in den Staaten Europas.

In seinem neuen Buch zum Thema „Migration and Refugee Policies in Germany. New European Limits of Control" analysiert Dr. Andreas Ette die Entwicklung der Asyl- und Migrationspolitik auf europäischer Ebene seit Ende der 1990er Jahre und untersucht unter anderem am Beispiel Deutschlands die politischen Strategien und Mechanismen zur Durchsetzung nationaler Politikziele auf der europäischen Ebene.

In einem Interview mit *Bevölkerungsforschung Aktuell* stellt er zentrale Ergebnisse seiner Arbeit vor. Zudem gibt er einen Ausblick auf mögliche Beiträge der Sozialwissenschaften für ein besseres Verständnis der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa. ➡ *Seite 11*

Susanne Stedtfeld; Lenore Sauer; Andreas Ette (alle BiB)

„You'll never walk alone!" Die Bedeutung von sozialen Beziehungen für die Migrationsverläufe junger Spanierinnen und Spanier nach Deutschland

Die 2008 beginnende Wirtschaftskrise führte zu sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa. Während sich manche Länder nach einem vorübergehenden Einbruch schnell wieder erholten, verstetigte sich die schlechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in den südeuropäischen Staaten. Gerade die jüngeren Generationen erlebten erhebliche Unsicherheiten am Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt. Bereits jetzt ist von einer „verlorenen Generation" die Rede. In der Folge wanderten zunehmend junge Menschen aus Südeuropa in andere europäische Staaten ab. Diese Entwicklung trifft auch auf junge Spanierinnen und Spanier zu, die vermehrt nach Deutschland kamen, um hier ihre Berufseinstiege zu realisieren (Arango 2016; Stedtfeld et al. 2017). Am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beschäftigte sich ein qualitatives Forschungsprojekt mit der Frage, welche Erfahrungen diese jungen binneneuropäischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten machen. Ein wichtiger Aspekt, der in den Interviews immer wieder benannt wurde, ist der Einfluss von anderen Personen auf die Migrationsentscheidungen. Deshalb widmet sich dieser Beitrag der Frage nach den unterschiedlichen Bedeutungen, die den sozialen Beziehungen für die Migrationsverläufe zugeschrieben werden.

Auch wenn sich Migrationsentscheidungen zunächst als individuelle Lebensentscheidungen darstellen, sind sie in vielfältige soziale Beziehungen eingebettet. Dazu gehören Familienangehörige, Freundinnen, Freunde und Bekannte, Lehrerinnen und Lehrer im Ausbildungskontext oder Kolleginnen, Kollegen und Vorgesetzte im beruflichen Kontext sowie möglicherweise auch Vertreterinnen und Vertreter der Arbeits- oder Vermittlungsagenturen.

Forschungsstand und Theorie

Soziale Beziehungen wirken auf den Migrationsprozess auf unterschiedliche Weise. Sie können ihn befördern oder auch hemmen. Sie können zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Migration relevant werden – neben der Entscheidungsfindung und Planung im Herkunftsland z. B. auch während der Wanderung selbst oder bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche im Zielland. Der Einfluss von sozialen Beziehungen, sozialen Netzwerken und Sozialkapital auf Migrationsprozesse wird daher in der Migrationsforschung seit Längerem intensiv untersucht (Hugo 1981; Massey et al. 1987; Boyd 1989; Massey 1990; Massey et al. 1993). Zur Wirkung von sozialen Beziehungen und Netzwerken auf die Migrationsentscheidung existieren zum Teil widersprüchliche Hypothesen (Ritchey 1976; Hugo 1981; für einen Überblick siehe auch Haug/Pointner 2007; Stelzig-Willutzki 2012; Gamper 2015; Will 2016).

Die Affinitätshypothese geht davon aus, dass familiäre und freundschaftliche soziale Beziehungen im Herkunftsland die Wahrscheinlichkeit der Migration reduzieren können. Gleiches gilt für das Gefühl der Verbundenheit mit dem Wohnort und für lokale Investitionen. So zeigen Untersuchungen zu Binnenmigration, dass enge Beziehungen zur Familie am Herkunftsort sowie die räumliche Nähe von Freundinnen und Freunden eine Migration als wenig attraktiv erscheinen lassen (Belot/Ermisch 2009; Kley 2009, 2011). Einer ähnlichen Logik folgen die Ermutigungs- sowie die Konflikthypothese. Die Ermutigungshypothese argumentiert, dass emotional besonders wichtige Personen im Herkunftsland die Migrantinnen und Migranten dazu ermutigen auszuwandern. Die Konflikthypothese führt Konflikte in den sozialen Beziehungen als ausschlaggebend für eine Emigration an (Haug 2008, Stelzig-Willutzki 2012).

Gemeinsam ist diesen drei Hypothesen, dass sie soziale Beziehungen im Herkunftsland betrachten. Dagegen gehen die folgenden beiden Hypothesen von Wirkungszusammenhängen von sozialen Beziehungen im Zielland aus: Die Informationshypothese nimmt an, dass die Wahrscheinlichkeit einer Migration umso höher ist, je mehr soziale Beziehungen im Zielland bereits existieren, da Familienangehörige und Freundinnen und Freunde vor Ort Informationen über die dort zu erwartenden Bedingungen vermitteln können. Ähnlich argumentiert die Erleichterungshypothese, nach der Familienangehörige und Freundinnen und Freunde, die bereits im Zielland leben, potenziellen Migrantinnen und Migranten die Migration durch vielfältige konkrete Hilfen erleichtern können, z. B. durch Unterstützung bei der Arbeitsplatz- oder Wohnungssuche, bei der Suche nach neuen sozialen Beziehungen

oder bei der Anpassung an die neue Umgebung (Ritchey 1976; Haug/Pointner 2007).

Wie in der Bindungsforschung allgemein, so wird auch in der Migrationsforschung in Anlehnung an Granovetter (1973) zwischen „starken“ und „schwachen“ Beziehungen („strong“ und „weak ties“) unterschieden. Mit „starken“ sind enge Beziehungen gemeint, wie sie beispielsweise zu Familienangehörigen oder Freunden bestehen, während „schwache“ Beziehungen solche sind, die man z. B. zu entfernteren Bekannten oder Kollegen unterhält. Insbesondere durch die „schwachen“ Beziehungen ergeben sich Vorteile: Das eigene enge Netzwerk besteht meist aus Personen, die über ähnliche Informationen verfügen wie man selbst; im erweiterten Netzwerk finden sich jedoch Personen, die Zugriff auf andere Netzwerke haben und deshalb neue Informationen besitzen.

Neben der stark quantitativ orientierten Forschung zu sozialen Beziehungen, Netzwerken und Sozialkapital, bei der Kausalzusammenhänge im Mittelpunkt stehen, liegen auch einige qualitative Studien vor, die die unterschiedlichen Bedeutungen beschreiben, die soziale Beziehungen aus Sicht der befragten Individuen für deren Migrations- und Integrationsverläufe haben (z. B. Harvey 2008, 2011; Ryan et al. 2008; Ryan 2011; Stelzig-Willutzki 2012). Qualitative Methoden erlauben eine detailliertere Analyse der Kausalzusammenhänge in den jeweils dargestellten Fällen, die sich eng an der Wahrnehmung der befragten Personen orientiert. An diese Arbeiten knüpft der vorliegende Beitrag an. Er geht der Frage nach, welche Bedeutung den sozialen Beziehungen junger spanischer Migrantinnen und Migranten zukommt.

Daten und Methode

Datengrundlage bilden 33 qualitative Interviews, die im Jahr 2015 mit in Deutschland lebenden spanischen Staatsangehörigen geführt wurden. Sie wurden zwischen 1980 und 1990 geboren. Somit waren sie zum Interviewzeitpunkt zwischen 25 und 35 Jahre alt. Über Melderegisterdaten wurden im Vorfeld gezielt solche Personen angeschrieben und zum Interview eingeladen, die längstens zwei Jahre zuvor von Spanien nach Deutschland zugewandert waren – also in der Zeit, in der Spanien die Wirtschaftskrise erlebte. Ergänzt wurde das Sample über Anfragen in den sozialen Medien (Facebook). Auf diese Weise wurde ein möglichst heterogenes Sample angestrebt und Netzwerkeffekte vermieden. Das Interviewdesign folgte dem narrativen Verfahren (Schütze 1983), in dem die Befragten gebeten wurden, möglichst detailliert zu erklären, wie die Idee entstanden war, aus Spanien fortzugehen. Für die Auswertung wurden insbesondere solche Interviewpassagen herangezogen, in denen andere Personen in Zusammenhang mit den individuellen Migrationsverläufen genannt wurden. Mittels systematischer Vergleiche wurden so Gemeinsamkeiten und Unterschiede ermittelt, die eine Typisierung der Rollenzuschreibung zum Ziel hatten. Die Auswertung folgt der dokumentarischen Methode (vgl. Bohnsack 2013).

Dimensionen der Analyse

Bereits zu Beginn der Interviews adressieren die Befragten eine große Vielfalt von sozialen Beziehungen. Wichtige Personen sind demnach nicht nur enge Familienangehörige und Lebenspartnerinnen bzw. -partner, wenngleich diese zu den besonders häufig genannten Personenkreisen gehören. Das Spektrum ist wesentlich breiter. Dabei lassen sich die genannten Kontakte nicht immer eindeutig in persönliche und professionelle Kontakte unterscheiden. Vielmehr zeigen sich auch zahlreiche Verschränkungen, zum Beispiel Familienangehörige, die im gleichen beruflichen Kontext arbeiten, oder ehemalige Arbeitskolleginnen und -kollegen oder Kommilitoninnen und Kommilitonen, zu denen heute ein privater Kontakt besteht (Multiplexität der Rollen bzw. Funktionen). Auch zeigt sich, dass die Beziehungsstärke in vielen Fällen sehr dynamisch ist: Sie kann sich über den Migrationsverlauf intensivieren aber auch abschwächen. Beziehungen zum Bruder und seiner Familie werden auf einmal enger; die Bekannte, zu der ein lockerer Kontakt bestand, hat den Kontakt nach Deutschland vermittelt und wird in der Folge zur engen Freundin.

Soziale Beziehungen nehmen verschiedene tragende Funktionen bzw. Bedeutungen in den Migrations- und Integrationsverläufen ein. Die hierin agierenden Menschen flankieren diese Prozesse nicht nur, sondern werden zu wichtigen Akteuren, bieten Orientierung, formen Wahrnehmungen und stellen in einigen Fällen sogar aktive Unterstützung bereit.

Soziale Beziehungen unterscheiden sich im Hinblick darauf, wann und wo im Migrationsprozess sie wirken oder ob und wie auf sie zurückgegriffen wird. Manche wirken eher zu Beginn des Migrationsprozesses im Herkunftsland und sind möglicherweise Auslöser der Mig-

rationsentscheidung, während andere eher im Zielland wirken und erste Integrationsprozesse anstoßen. Darüber hinaus ist relevant, wie und in welchem Ausmaß und in welcher Intensität sie auf die Migrationsverläufe einwirken. Hier kann das Spektrum von einem einmaligen Gespräch bis hin zu täglichen, sehr konkreten Unterstützungsmaßnahmen reichen. Auch ist von Bedeutung, wie das Verhältnis zu diesen Personen von den Befragten beschrieben wird (loser Kontakt bis hin zu einem sehr engen Vertrauensverhältnis).

Die vier Dimensionen, die sich im Zuge der Analyse als relevant ergeben haben, tragen im Folgenden dazu bei, die verschiedenen Bedeutungen, die sozialen Beziehungen in den Interviews zugeschrieben wurden, voneinander zu unterscheiden:

1. *Wer:* Wie wird die persönliche Beziehung zu den genannten Personen beschrieben?
2. *Wann:* Zu welchem Zeitpunkt im Migrationsprozess kommt den genannten Personen eine besondere Relevanz zu?
3. *Wo:* Von welchem Ort aus werden die genannten Personen im Migrationsprozess relevant und wirken auf diesen ein?
4. *Wie:* Auf welche Weise und in welchem Ausmaß werden die Aktivitäten der genannten Personen beschrieben?

Soziale Beziehungen und ihre Bedeutungszuschreibung für die Migrationsverläufe

Insgesamt lassen sich anhand dieser vier Dimensionen drei Rollen identifizieren, die sozialen Beziehungen in den Migrations- und Integrationsverläufen zugeschrieben werden: impulsgebende Rolle, Vorbilder, wegbereitende Rolle. Alle drei Rollen stehen nebeneinander und mehrere hiervon können in den jeweiligen Migrationsverläufen vorkommen, was in der nachfolgenden idealtypischen Beschreibung jedoch von untergeordneter Bedeutung ist.

Impulsgeberinnen bzw. Impulsgeber

Sie kommen aus einem engen, persönlichen oder beruflichen Umfeld der Migrantinnen und Migranten. Die Verbundenheit zu diesen Personen ist in der Regel sehr hoch. Sie sind oftmals im engeren Familien- oder Freundeskreis zu finden. Nicht selten wird ihnen eine sehr gute Kenntnis der jeweiligen persönlichen Lebenssituation zugeschrieben. Zwar kennen sie häufig nicht den konkreten Weg, der im weiteren Verlauf des Migrationsprozesses gegangen werden muss, sie stehen aber insbesondere zu Beginn des Migrationsverlaufs unterstützend zur Seite. So beschreibt Laia, eine junge Krankenschwester, die Rolle ihrer Impulsgeberin wie folgt:

„[…] weil sie auch Krankenschwester ist und sie mir sehr bei der Arbeitssuche dort in Madrid geholfen hat, aber sie sagte mir auch, als ich schon ein wenig unsicher war bei meiner Entscheidung ins Ausland zu gehen oder nicht, sagte sie mir: ‚Du bist jung und das Beste, was du machen kannst, ist rauszugehen weil … weil das, was hier ist nicht … nicht das ist, was du verdienst und du kannst ins Ausland gehen.‘ Und so sagte sie mir auch noch, ‚du kannst die Welt erobern dort draußen.‘ Und so, und sie hat mich sehr unterstützt und ich bin nicht mehr mit dem Sohn zusammen, aber sie ist nämlich wie eine zweite Mutter für mich.“ (Laia)

Laia hebt die enge Verbundenheit mit ihrer Impulsgeberin durch die Charakterisierung als „zweite Mutter“ besonders hervor. Diese arbeitet ebenfalls als Krankenschwester in Spanien, hat also genaue Kenntnis von Laias Berufs- und Lebenssituation. Dies dient Laia dazu, die zentrale Rolle der Impulsgeberin zu legitimieren und die enge Verbundenheit herauszustellen. Zwar kommt der Impulsgeberin eine stark unterstützende Rolle zu; diese beschränkt sich jedoch auf die Idee des Auswanderns zu Beginn des Migrationsprozesses und verbleibt somit auch eher im Herkunftskontext in Spanien. Laias jüngeres Alter erfordert in den Augen ihrer „zweiten Mutter“ eine andere Reaktion auf die erschwerten Berufs- und Lebensbedingungen in Spanien als für die Impulsgeberin selbst. Ihre Aktivität konzentriert sich also gewissermaßen auf ein Beliefern mit Wissen ‚von außen‘. Sie empfiehlt Laia, einen bestimmten Entscheidungsweg einzuschlagen, der jedoch nicht für sie selbst gilt; dadurch entsteht ein Distanzmoment, in dem die Unterschiedlichkeit der Lebenssituationen herausgestellt wird. Migrationsentscheidungen werden, wie in diesem Beispiel deutlich wird, nicht im luftleeren Raum getroffen, sondern in der kommunikativen Auseinandersetzung mit anderen entwickelt und vorangetrieben. Dieser Fall veranschaulicht zudem, wie eng berufliche und persönliche Kontakte miteinander verschränkt sein können.

Aber auch rein berufliche enge Kontakte können impulsgebend wirken. So z. B. im Fall von Jorge, eines Mes-

selogistikers, der sich insbesondere auf Kontakte in seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld beruft, die ihn dazu veranlasst haben, nach Deutschland auszuwandern, nachdem er seine Arbeitssituation in Spanien vor dem Hintergrund der Krise als immer belastender empfunden hatte:

„[…] Und Deutschland, weil ich Kontakte habe, ich habe deutsche Kollegen, die in Spanien leben und ich habe viel mit ihnen gearbeitet, und weil sie mich immer sehr geschätzt haben, sie haben gesagt, ‚deine Art zu arbeiten und wie du denkst und außerdem würdest du in Deutschland viel Glück haben.' (Jorge)

Jorge führt seine Entscheidung nach Deutschland gegangen zu sein auf die Empfehlung seiner deutschen Arbeitskolleginnen und -kollegen zurück, mit denen er in Spanien zusammengearbeitet hatte. Ausgehend von einer als sehr eng beschriebenen Arbeitsbeziehung setzt er großes Vertrauen in sie und folgt ihrer Bewertung, deren Aktualität er unterstreicht, indem er diese – ähnlich wie zuvor auch Laia – in ihren Worten wiederzugeben versucht. Die entscheidende Rolle kommt ihnen ebenfalls eher am Anfang von Jorges Überlegungen auszuwandern zu. Hinsichtlich des Ortes, an dem der Einfluss der Arbeitskolleginnen und -kollegen relevant war, wird die Herkunftsregion Spanien betont, auch wenn der Kontakt seine Relevanz im Zielland stärker beibehält als im zuvor vorgestellten Fall von Laia. Seine Arbeitskolleginnen und -kollegen beliefern Jorge mit einem zusätzlichen Wissen ‚von außen', indem sie seine Arbeitsweise als ‚nach Deutschland passend' einordnen. Gleichzeitig ist die berufliche Beziehung für seine Migrationsentscheidung hinreichend eng und vertrauensvoll. Auf diese Weise wird in diesem Fall der entscheidende Impuls gegeben.

Impulsgeberinnen und -geber treten somit als Alliierte der Interviewpersonen auf, die sie in ihrer Motivation, Spanien zu verlassen, bestärken, ohne sie jedoch darüber hinaus enger zu begleiten.

Vorbilder

Neben den Impulsgeberinnen und -gebern wirken Vorbilder in den Migrationsverläufen der befragten Personen. Sie haben zumeist eine eher lose Beziehung zu den Befragten und dienen ihnen mehr als Referenzpunkte für die eigene Lebensentscheidung. Diese können sowohl positiv als auch negativ wirken – als Beispiele, denen sie nacheifern, oder als Beispiele, die sie abschrecken. Diese Personen bilden eine Vorlage dafür, wie eine Migration im konkreten Fall aussehen und verlaufen kann. Vorbilder wirken hier mehr im Sinne eines „Role Models", also einer Person, die einen bestimmten Entscheidungsweg vorlebt. Auch bei der Charakterisierung der Vorbilder werden von den Befragten Ähnlichkeiten zur eigenen Person oder Lebenssituation hervorgehoben, etwa in Bezug auf berufliche Tätigkeiten, Ausbildung und Alter. So zählen zu dieser Gruppe in der Regel Bekannte und Kommilitoninnen und Kommilitonen, die ebenfalls den Schritt ins Ausland gewagt haben und damit einen Orientierungsrahmen für die eigene Biografiegestaltung vorgeben. Vielfach haben sie den Übergang in eine Berufstätigkeit in einem anderen Land bereits realisiert. Sie dienen bis zu dem Zeitpunkt als Bezugsgruppe, ab dem die Befragten ihren eigenen Weg einschlagen. Häufig identifizieren sich die Befragten mit diesen Personen, positionieren sich zu deren Erfahrungen und leiten daraus wiederum eigene Handlungsmacht ab. Mit den geteilten Erfahrungen verfügen Vorbilder über ein authentisches Verständnis davon, wie ein solcher Migrationsprozess aussehen kann. Sie liefern im Gegensatz zu den Impulsgeberinnen und -gebern Wissen ‚von innen'. Sie leben vor, entfalten darüber hinaus jedoch keine direkte Aktivität in Bezug zu den Befragten. Damit wirken auch Vorbilder insbesondere in der Anfangsphase der Entscheidungsfindung, also vor der Migration. Ihr Einfluss ist dabei weder auf das Herkunfts- noch auf das Zielland beschränkt; Vorbilder wirken übergangsbezogen an unterschiedlichen Orten.

„Ja auch, weil in Spanien, ja, gibt's nichts zu tun, es ist doch die Wahrheit. Also, ich habe Freunde, die Mehrheit von meinen Freunden sind in die USA, Frankreich oder England. Also ich habe, glaube nur ein paar, die in Spanien geblieben sind und sie arbeiten bei Primark, weil es ist die einzige Jobmöglichkeit […] keine Ahnung, wenn man eine Studium abgeschlossen, man will ja arbeiten, ja. Es sind 5 Jahre in der Uni und dann wollen wir nicht als Kellner oder als Verkäuferin die ganze Leben arbeiten." (Carla)[1]

Carla, eine Studentin, die bereits in Spanien ein Studium als Übersetzerin abgeschlossen hat, benennt in dieser Interviewpassage zwei Personengruppen, zu denen sie ihre eigene Entscheidung unmittelbar in Beziehung setzt: eine Mehrheit von Freunden im Ausland und ein

[1] Anmerkung: Das Interview wurde in deutscher Sprache geführt.

paar Freunde, die in Spanien geblieben sind und Arbeitsplätze haben, die für sie nicht attraktiv sind. Somit liefern ihre Freunde gleichermaßen positive wie negative Vorbilder, die für sie einen Orientierungsrahmen für die eigene Migrationsentscheidung liefern. Die Idee, Spanien zu verlassen, beschreibt sie anhand der Tatsache, dass ihre Freunde mehrheitlich in anderen Ländern leben, als Normalität, während sie einen Verbleib in Spanien unmittelbar mit einem sozialen Abstieg assoziiert. Der Einfluss der Freunde wird nicht als direkte Interaktion oder Kommunikation beschrieben, sondern verläuft indirekt, indem die Freunde durch ihr eigenes Handeln und durch dessen Konsequenzen Beispiele liefern, an denen sich Carla orientiert.

Dies zeigt sich auch bei Paula, einer jungen Krankenpflegerin, die nach einer perspektivlosen Arbeitssituation in Spanien nun in einem Krankenhaus in Deutschland arbeitet:

„Ich hatte an Großbritannien gedacht, ich spreche ziemlich gut Englisch und meine erste Wahl war Großbritannien. Und dann, wie gesagt, die Möglichkeiten in Großbritannien in der Krankenpflege waren sehr schlecht. Und vor allem als Hebamme dort, weil es einfacher ist, in Spanien ist es sehr kompliziert. Und nun ja, wegen der Sprache war es leichter. Es war kein Land, das mich reizt, besonders reizen würde, aber gut. Aber gut, ich machte das Interview, sie nahmen mich in einigen Städten, ich begann jedoch Erfahrungen auszutauschen mit Leuten, die dort lebten, setzte mich telefonisch in Kontakt mit ihnen und so. Am Ende entschied ich mich nicht zu gehen, denn da gab es einige sehr merkwürdige Dinge. Und eine Freundin von mir kam über die Agentur nach Deutschland, mit der ich kam, und also gut im Prinzip war sie zufrieden, machte einen Kurs in Madrid, damit sie sich nicht (ins Ausland) begeben musste. Und während sie den Kurs machte gab man ihr 400 Euro zum Leben. Das war dasselbe, das ich in der Klinik verdiente, wodurch sich die Höhe meines Einkommens nicht veränderte. Außerdem lebte ich noch bei meinen Eltern. Und nun ja, ich sagte: 6 Monate den Kurs machen, 2 Jahre hier, mit dem Vertrag waren es 2 Jahre.“ (Paula)

Paula hat sich zunächst an einer Freundin orientiert, die nach England gegangen war und die eine zunächst für gut befundene positive Vorlage geschaffen hatte. Jedoch hat sich dieser anfänglich gesetzte Orientierungsrahmen aufgrund der Erfahrungen von weiteren Personen in England verschoben, sodass sie die Idee, nach England zu gehen, verwarf und der Empfehlung einer Freundin folgte, die mithilfe einer Agentur nach Deutschland gegangen war. Dieses Beispiel veranschaulicht, wie stark persönliche Bewertungen entlang von Erfahrungsgeschichten anderer handlungsleitend werden können. Vorbilder liefern Erfahrungswissen, auf das aufgebaut und an dem der eigene Migrationsverlauf ausgerichtet werden kann.

Während Impulsgeberinnen und -geber viel stärker eine bestimmte Entscheidung nahelegen und das „Wie“ unbeantwortet lassen, vermitteln Vorbilder einen konkreteren Orientierungsrahmen, der über den Migrationsverlauf hinweg weitgehend bestehen bleibt. Dabei bleiben sie eher passiv und dienen mehr als Folie, vor der das eigene Handeln reflektiert und zu der es in Beziehung gesetzt wird: entweder, indem diesen nachgeeifert wird oder indem eine Distanzierung von diesen erfolgt. Sie bilden damit ein begründendes, teilweise auch rechtfertigendes Fundament für die eigene Entscheidung von Spanien nach Deutschland zu gehen.

Wegbereiterinnen bzw. Wegbereiter

Sie füllen eine dritte Rolle aus, die sich in zahlreichen Interviews wiederfindet. Ähnlich wie zu den Impulsgeberinnen und -gebern besteht zu ihnen oftmals ein engeres Vertrauensverhältnis, das sowohl einem familiären Kontext als auch einem Berufs- oder Ausbildungskontext entstammen kann, was auch eine hohe Abhängigkeit von diesen Personen nach sich zieht. Wegbereiterinnen und Wegbereiter vermitteln, ähnlich den Vorbildern, einen engeren Orientierungsrahmen, der den Befragten Unterstützung bietet; allerdings gelingt ihnen dies weniger durch ein Vorleben im Sinne eines Vorbildes als vielmehr durch konkrete Hilfen und Unterstützungsangebote, die den jungen Menschen den Migrationsverlauf erleichtern. Sie wirken insbesondere im Zielland der Migration, in Deutschland. Dies kann zum Beispiel das Angebot eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses umfassen, das der zugewanderten Person unterbreitet wird, wie im Fall von Antonio, der an einem universitätsnahen Institut arbeitet und promoviert:

„Ich habe ein wenig gesehen, wie er war, aber außerdem habe ich Kontakte geknüpft, sozusagen um später den Kontakt aufrechtzuerhalten und dann am Ende sagte er mir dieses und jenes, ‚mir würde es gefallen, dich als

Doktoranden zu haben, es gibt dieses Stipendium und so‘. So kam es, dass ich blieb.“ (Antonio)

Antonio hat in Deutschland im Rahmen eines ERASMUS-Aufenthaltes studiert und dabei zu seinem damaligen Professor in Deutschland Kontakt geknüpft, der dazu führte, dass dieser ihm anbot, bei ihm zu promovieren. Um dieses Vorhaben realisieren zu können, half ihm sein Professor darüber hinaus bei der Stipendiumssuche, was letztendlich ausschlaggebend dafür war, nach Beendigung des Studiums in Spanien, erneut nach Deutschland zu gehen.

Auf eine etwas andere Weise hat auch Juan, ein Ingenieur, im Vorfeld wegbereitende Unterstützung von seinem (zukünftigen) Vorgesetzten erhalten.

„[…] der Vertrag, den ich erhalten sollte, war ausgerechnet ein ‘Minijob’, aber er wollte sich darum kümmern mich zu bezahlen äh… Unterkunft und Verpflegung während der Ausbildungszeit und natürlich auch, wenn ich nach Spanien musste, also die Reise nach Spanien, wenn ich Urlaub beantragen musste, meinen Urlaub, all das, ja. Und dann war so der Umgang, dann am Anfang verdiente ich wenig, aber er zahlte mir alles und die ersten fünf Monate lebte ich …. Ich war sein Nachbar. Er hatte, er hatte ein sehr großes Haus und mietete das Haus nebenan ((lacht)) für mich ((lacht)), fünf Monate. Er besorgte mir einen Firmenwagen, einen Wagen, über den ich frei verfügen konnte, ungelogen, ungelogen, er meldete ein Gewerbe an, aber ein halbes Jahr später hatten sie es schon übernommen, er brauchte ein Auto für sich, aber er mietete das Auto ein halbes Jahr früher, damit ich es während des halben Jahres nehmen konnte, so lebte ich also die ersten fünf Monate, er gab mir einen nagelneuen Golf, als er ihn mir gab, sagte er: ‚Juan, der Golf ist für dich‘, er gab mir ein Haus neben seinem, zweistöckig, wir teilten den Garten und frühstückten gemeinsam ((lacht)).“ (Juan)

Juan hat zunächst erfolgreich ein Bewerbungsverfahren für eine Stelle in Deutschland durchlaufen. Die Vorstellungsgespräche fanden noch in Spanien statt. Im weiteren Verlauf hat sein zukünftiger Vorgesetzter alle organisatorischen Aufgaben übernommen, ihm eine Wohngelegenheit verschafft, ihm ein Auto zur Verfügung gestellt und ihm die Urlaubsreisen nach Spanien bezahlt, während Juan zunächst auf Minijobbasis angestellt war. Das geringe Gehalt war für ihn zunächst ein Grund gegen das Jobangebot in Deutschland gewesen, wurde aber im Nachhinein durch diese organisatorischen Hilfen aufgewogen. Auf Grundlage dieses Angebotes hat Juan sich dafür entschieden, nach Deutschland zu gehen. Einerseits thematisiert er die teilweise engmaschige soziale Kontrolle, die durch seinen Vorgesetzten erfolgte, andererseits hebt er neben der Unterstützung auch den Komfort hervor, der ihm auf diese Weise zur Verfügung stand.

Auch in der Erzählung von Najat, die in Deutschland als Reinigungskraft arbeitet, findet sich der Verweis auf eine Person, die eine wegbereitende Rolle einnimmt:

„Zuerst bin ich zweimal im Urlaub hierhergekommen, blieb einen Monat und fuhr wieder. Und das dritte Mal kam ich zurück, nur um Urlaub zu machen, nun, mein Bruder, als ich ankam, sagte mir mein Bruder, was wirst du in Spanien machen? Bleib hier, ich bringe dich dazu Deutsch zu lernen, suche dir Arbeit und schon geht es dir hier besser, hier zusammen mit mir, was wirst du in Spanien tun? Es gibt keine Arbeit, es gibt nichts, es gibt nur Probleme und die Krise und so. Und ich sagte ihm, okay gut, ich versuche es. Und ich kam hier an, nach 20 Tagen hatte mein Bruder schon einen Job für mich gefunden und als er mich traf … ich habe ihm gesagt, wenn du für mich Arbeit findest, bleibe ich, aber wenn es mit der Sprache nicht klappt, dass ich nicht sprechen kann, dann kehre ich nach Spanien zurück und als er die Arbeit für mich gefunden hatte, probierte ich es, ich ging zur Arbeit und sie gefiel mir, also bin ich hier geblieben.“ (Naja)

In Najats Fall ist der Bruder der Wegbereiter, der ihr aktiv einen Job gesucht hat und der sie dazu bewogen hat, nach Deutschland zu kommen und dort zu bleiben. Sie unterstreicht diese Rolle, indem sie erklärt, dass sie ihn dazu aufgefordert hat, eine Beschäftigung für sie zu finden, da sie ohne diese konkrete Unterstützung nicht hätte in Deutschland bleiben können. Die wegbereitende Funktion wird damit zu einer Bedingung für die Entscheidung nach Deutschland zu wandern.

Wegbereiterinnen und Wegbereiter liefern somit eine sehr konkrete Unterstützungsfunktion, die den Migrationsverlauf durchgängig mitgestaltet und auch im Zielland weiterhin wirkt. Sie haben eine sehr aktive Rolle inne, die vom Angebot einer konkreten Gelegenheit im Sinne hilfreicher Startkonditionen bis hin zu einer progressiven Unterstützung in jedem Lebensbereich reichen kann. Diese Unterstützung greift etwa bei der Jobsuche und der Organisation des Alltags, einschließlich der Wohnungssuche oder der Freizeitgestaltung. Wegbe-

reiterinnen und Wegbereiter finden sich mit am häufigsten in den Erzählungen. Möglicherweise spiegelt das wider, dass sie für das Gelingen des Migrationsvorhabens eine wesentliche, entscheidende und vertrauensbildende Rolle übernehmen – und ihr Vorhandensein möglicherweise auch für die Migrationsentscheidung zu Beginn zentral ist.

Zusammenfassung und Ausblick

Soziale Beziehungen nehmen in Migrationsprozessen wichtige Schlüsselfunktionen ein. In 33 qualitativen Interviews, die mit jungen spanischen Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern in Deutschland geführt wurden, konnten drei Funktionen identifiziert werden, die anderen Personen in den Migrationsverläufen zukommen: Impulsgeberinnen und -geber, Vorbilder, Wegbereiterinnen und Wegbereiter. Diese Funktionen unterscheiden sich insbesondere hinsichtlich der Art und Intensität der persönlichen Beziehung, des Zeitpunktes und des Ortes, an dem der Kontakt relevant wird, sowie der Weise und dem Ausmaß der Aktivitäten der genannten Personen.

Typischerweise wird all diesen Personen in den Interviews eine große Bedeutung im Migrationsverlauf zugeschrieben. Sie beeinflussen die Entscheidung dafür, Spanien zu verlassen bzw. nach Deutschland auszuwandern ebenso wie die Gestaltung des Migrationsprozesses und seinen Erfolg. Sie unternehmen dies entweder in Form von direkter Einflussnahme (wie im Falle der Impulsgeberinnen und -geber) oder mittelbar durch eine Veränderung der objektiven Rahmenbedingungen (Wegbereiterinnen und Wegbereiter) oder durch positive bzw. negative Beispiele (Vorbilder). In der Regel besteht zu diesen Personen ein enges oder enger werdendes Vertrauensverhältnis, was die Komplexität des Migrationsprozesses reduziert und Unwissenheit beherrschbar macht. So konnten viele der befragten Migrantinnen und Migranten entweder selbst Vorerfahrungen in Deutschland vorweisen oder auf den Erfahrungsschatz anderer Personen zugreifen.

Bezieht man diese Erkenntnisse auf die Ausgangshypothesen, so lässt sich zusammenfassen, dass es unter den sozialen Beziehungen der Migrantinnen und Migranten verschiedene Funktionen gibt, die teils die eine und teils die andere Hypothese bestätigen. Bei den Impulsgeberinnen und -gebern lässt sich eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Prinzip erkennen, das sich in der Ermutigungshypothese findet. Hier sind vergleichsweise enge soziale Beziehungen im Herkunftsland entscheidend, die die entscheidende Ermutigung bzw. den entscheidenden Impuls zur Migrationsentscheidung geben. Hierzu passen auch die Konflikthypothese und die Affinitätshypothese. Für erstere wäre ein Konflikt im Herkunftskontext als impulsgebender Moment denkbar. Da in den vorliegenden Daten nur Fälle enthalten sind, die nach Deutschland migriert sind, finden sich weniger Hinweise auf die Affinitätshypothese. Diese könnte bei (späteren) Rückwanderungsentscheidungen an Bedeutung gewinnen. Bei den Wegbereiterinnen und Wegbereitern zeigt sich eine gewisse Nähe zu den Prinzipien hinter der Informations- und der Erleichterungshypothese. Für die letztere liegt die Betonung auf dem Ressourcenzugang im Zielland, der über Informationen oder entsprechende Vermittlungsleistungen gewährleistet bzw. erleichtert wird. Dieser so hergestellte Ressourcenzugang kann stark variieren und von einem anfänglichen Wohnangebot bis hin zu einer dauerhaften Wohngelegenheit mit Arbeitsangebot und Freizeitaktivitäten reichen. Vorbilder lassen sich in die genannten Hypothesen weniger gut einordnen. Hier sind die sozialen Beziehungen auf persönlicher Ebene wesentlich schwächer ausgeprägt als bei den anderen beiden Rollen. Dennoch sind sie nicht weniger entscheidend. Sie zeigen Optionen auf, die durch ein konkreteres Vorleben illustriert werden und so den Möglichkeitsraum für unsere Befragten erweitern – entweder indem sie sich von „negativen“ Vorbildern distanzieren oder den „positiven“ Vorbildern nacheifern möchten. Diese lassen sich auch nicht ohne Weiteres auf ihre Wirkung im Zielland oder im Herkunftsland eingrenzen. Sie beziehen sich eher auf einen möglichen Übergang. Grundsätzlich stehen alle drei Rollentypen nebeneinander, d. h. sie lassen sich nicht im Sinne einer Einflusshierarchie auf die einzelnen Migrationsverläufe ordnen. Zudem können mehrere dieser Rollen in einem Migrationsverlauf auftreten.

Das Verständnis von Migration als einem sozial eingebetteten Prozess eröffnet andere Perspektiven, wie innereuropäische Migration gestaltet werden kann. Impulsgeberinnen und -geber, Vorbilder, Wegbereiterinnen und Wegbereiter vereinfachen Migrationsverläufe und entlasten Entscheidungsprozesse. Das heißt aber auch, dass der Abbau formaler Barrieren für einen europäischen Binnenraum alleine nicht ausreichend ist, um das binneneuropäische Migrationsgeschehen zu fördern. Offenbar

bestehen soziale Barrieren weiterhin fort, die von den Migrantinnen und Migranten überwunden werden müssen. Auf diese Überwindung zielen die Strategien der Migrierenden mit ihrem Beziehungshandeln. In diesem Sinne wirken Programme wie ERASMUS sehr förderlich. Sie unterstützen eine frühzeitige Bildung von Netzwerken, die auch später im Lebensverlauf Wirkung entfalten und künftige Migrationsentscheidungen erleichtern. Die ‚freie Orientierung' auf einem europäischen Arbeitsmarkt ist sehr voraussetzungsvoll. Risiken eines Scheiterns und soziale Barrieren werden wahrgenommen, und die Menschen suchen nach Strategien diese einzugrenzen und abzumildern. Vertrauensbeziehungen helfen dabei, diese Barrieren zu überwinden, was persönliche Beziehungen zu einer wichtigen Ressource intra-europäischer Migration werden lässt. Das Schaffen von Vernetzungen und das Bilden von Vertrauensbeziehungen ist daher eine Leistung der Europäisierung, die besondere Möglichkeiten schafft. Diese Vernetzungen können sich über professionelle und familiäre Netzwerke aufbauen, ausdifferenzieren und verstärken, wenn innereuropäische Migration zur ‚Normalität' wird – ein Zustand, der jedoch noch weitgehend unerreicht scheint. So lässt sich Europa auch als soziale Beziehungsgestaltungsfläche begreifen. Werden europäisierte Beziehungen gestärkt, so lassen sich verbesserte Bedingungen für vertrauensvolle, gesicherte und möglicherweise auch vermehrte binneneuropäische Migrationsentscheidungen schaffen.

Literatur

Arango, Joaquín (2016): Spain. New Emigration policies Needed for an Emerging Diaspora. Washington D.C.: Migration Policy Institute.

Belot, Mechèle; Ermisch, John (2009): Friendship ties and geographical mobility. Evidence from Great Britain. In: Journal of the Royal Statistical Society 172 (2): 427–442.

Bohnsack, Ralf (2013): Typenbildung, Generalisierung und komparative Analyse: Grundprinzipien der dokumentarischen Methode. In: Ralf Bohnsack, Iris Nentwig-Gesemann, Arnd-Michael Nohl (Hrsg.): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden. 241–270.

Boyd, Monica (1989): Family and Personal Networks in International Migration: Recent Developments and New Agendas. International Migration Review 23: 638–670.

Gamper, Markus (2015): Bourdieus Konzept des Sozialkapitals und seine Bedeutung für die Migrationsforschung. In: Reuter, Julia; Mecheril, Paul (Hg.): Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Pionierstudien und Referenztheorien. Wiesbaden: Springer VS: 343-360.

Granovetter, Mark (1973): The strength of weak ties. In: American Journal of Sociology 78 (6): 1360–1380.

Harvey, William S. (2008): Strong or weak ties? British and Indian expatriate scientists finding jobs in Boston. In: Global Networks 8: 453–473.

Harvey, William S. (2011): British and Indian Scientists Moving to the United States. In: Work and Occupations 38(1): 68–100.

Haug, Sonja, 2000: Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Haug, Sonja; Pointner, Sonja 2007: Sozialkapital und Migration. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47: 367–396.

Haug, Sonja (2008): Migration networks and migration decision-making. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 34 (4): 585–605.

Hugo, Graeme (1981): Village-community Ties, Village Norms, and Ethnic and Social Networks: A Review of Evidence from the Third World. In: de Jong, Gordon F.; Gardner, Robert R. (Hg.): Migration Decision Making. Multidisciplinary Approaches to Microlevel Studies in

Developed and Developing Countries. New York: 186–224.

Kley, Stefanie A. (2009): Migration im Lebensverlauf. Der Einfluss von Lebensbedingungen und Lebenslaufereignissen auf den Wohnortwechsel. Wiesbaden: VS Verlag.

Kley, Stefanie A. 2011: Explaining the Stages of Migration Within a Life-Course Framework. In: European Sociological Review 27 (4): 469–486.

Massey, Douglas S. (1990): Social Structure, Household Strategies, and the Cumulative Causation of Migration. In: Population Index 56: 3–26.

Massey, Douglas S.; Alarcón, Rafael; Durand, Jorge; González, Humberto (1987): Return to Aztlan. The Social Process of International Migration from Western Mexico. Berkeley: University of California Press.

Massey, Douglas S.; Arango, Joaquín; Hugo, Graeme; Kouaouci, Ali; Pellegrino, Adela; Taylor, J. Edward (1993): Theories of International Migration: A Review and Appraisal. In: Population and Development Review 19: 431–466.

Ritchey, P. Neil, 1976: Explanations of Migration. Annual Review of Sociology 2: 363–404.

Ryan, Louise; Sales, Rosemary; Tilki, Mary; Siara, Bernadetta (2008): Social Networks, Social Support and Social Capital: The Experiences of Recent Polish Migrants in London. In: Sociology 42 (4): 672–690.

Ryan, Louise (2011) Migrants‘ social networks and weak ties: Accessing resources and constructing relationships post-migration. Sociological Review 59 (4): 707–724.

Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview. Neue Praxis 13(3): 283–293.

Stedtfeld, Susanne; Ette, Andreas; Sauer, Lenore (2017): Berufseinstiege auf europäischen Umwegen. Konsequenzen der Wirtschaftskrise für Neuzuwanderer aus Südeuropa. In: Geographische Rundschau 69(3): 18–23.

Stelzig-Willutzki, Sabina (2012): Soziale Beziehungen im Migrationsverlauf. Brasilianische Frauen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Will, Gisela (2016): Die Bedeutung sozialen Kapitals für Migrationsprozesse. Darstellung am Beispiel des polnisch-deutschen Migrationsgeschehens. Wiesbaden: Springer VS.

Nachgefragt: Zwischen Europäisierung und nationalen Interessen

Dr. Andreas Ette über Mechanismen und Bilanzen der europäischen Migrationspolitik

Im Zuge der seit einigen Jahren steigenden Zuwanderung nach Europa wird die immer größere Bedeutung dieses politischen Themas sowohl auf der europäischen als auch auf der nationalen Ebene deutlich. Das Flüchtlingsgeschehen seit 2015 hat bereits gezeigt, wie sehr nationalstaatliche Interessen in den Vordergrund gerückt sind, die eine europäische Lösung der Migrationsproblematik nach wie vor an ihre Grenzen bringen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Zuwanderung in die EU und die europäischen Staaten im Vergleich zu früheren Jahrzehnten zunehmen wird – zumal gleichzeitig in den Ländern der EU der Bedarf an (qualifizierten) Zuwanderern für den Arbeitsmarkt infolge demografischer Veränderungen ansteigen wird. Damit ist die Politik auf europäischer und nationaler Ebene gefordert, hier Antworten zu geben und eine möglicherweise gemeinsame europäische Strategie im Umgang mit der Zuwanderung zu entwickeln. Ein Problem stellt dabei die über Jahrzehnte gewachsene Vielfalt der Flüchtlings- und Migrationspolitik in den Staaten Europas dar, die eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik erschwert.

Dr. Andreas Ette hat zu diesem Thema in seinem neuen Buch, das zugleich seine Dissertation darstellt, untersucht, wie sich die Asyl- und Migrationspolitik im Spannungsfeld zwischen europäischer und nationaler Ebene seit Ende der 1990er Jahre entwickelt hat. Dazu analysierte er insbesondere die politischen Strategien und Mechanismen, die Deutschland in diesem Zeitraum zur Durchsetzung seiner nationalen Politikziele auf der europäischen Ebene angewendet hat. In einem Interview mit *Bevölkerungsforschung Aktuell* äußert sich Dr. Ette zu zentralen Ergebnissen seiner Arbeit und gibt auf dieser Grundlage einen Ausblick auf die Chancen für eine künftige gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik.

Zur Person

Dr. Andreas Ette ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Forschungsgruppe „Internationale Migration“ am BiB. Er studierte Politikwissenschaften und Geografie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, der Humboldt-Universität zu Berlin sowie der University of Bristol. Im vergangenen Jahr schloss er seine Promotion an der Universität Bielefeld bei Prof. Dr. Thomas Faist und Prof. Dr. Andrew Geddes ab. Im Mittelpunkt seiner aktuellen Tätigkeiten am BiB stehen die Koordination der „German Emigration and Remigration Panel Study“ sowie Untersuchungen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung. (Bild: Privat)

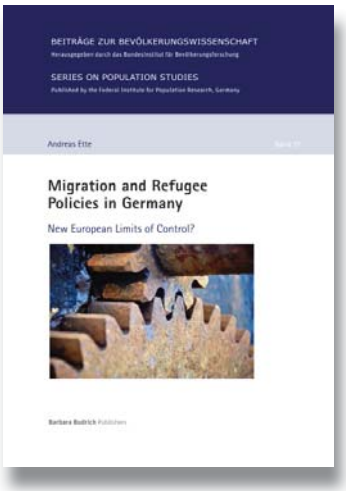
Herr Dr. Ette, die EU ist derzeit von einer kohärenten gemeinsamen europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik der Mitgliedstaaten weit entfernt, auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten vieles gewandelt hat. In Ihrem Band wird von einer Europäisierung dieses Politikfeldes gesprochen. Was bedeutet das konkret?

Europäisierung ist ein schillernder Begriff in der Politikwissenschaft, der ganz unterschiedlich genutzt wird. Damit kann die geographische Expansion der Europäischen Union durch verschiedene Erweiterungsrunden der letzten Jahrzehnte genauso beschrieben werden wie das Integrationsprojekt EU, bei dem ein neues supra-nationales politisches System über der Ebene der Mitgliedstaaten entsteht. In der empirischen Forschung hat sich zwischenzeitlich ein einheitlicheres Verständnis von Europäisierung entwickelt. Dieses beschreibt in einem ersten Schritt die Entstehung neuer politischer Institutionen und Verfahren sowie von neuen Politiken und gemeinsamen Regelungen auf europäischer Ebene. In einem zweiten Schritt üben diese neuen europäischen Strukturen und Politiken Einfluss auf die Mitgliedstaaten aus, d. h. es kommt zu Anpassungsprozessen der nationalen Ebene gegenüber den Entwicklungen auf europäischer Ebene. Ein solches schrittweises Modell wird zwar der Realität sicherlich nicht ganz gerecht, aber diese zirkuläre Vorstellung hilft politische Prozesse in Europa besser untersuchen und verstehen zu können. Offen bleibt bei einem solchen Verständnis von Europäisierung wie tiefgreifend diese Veränderungsprozesse sind. Im Fall des europäischen Binnenmarktes mit dem freien Warenverkehr oder auch der Umweltpolitik ist der Umfang der Europäisierung deutlich weiter fortgeschritten als im Bereich der Sozialpolitik. Auch die Innen- und Justizpolitiken – wozu die Migrations- und Flüchtlingspolitik im Wesentlichen zählt – hinken stärker europäisierten Bereichen noch hinterher. Doch ein solcher Vergleich muss relativiert werden: Zum einen hätte es bei der Entstehung der

Europäischen Gemeinschaften kaum jemand für möglich gehalten, dass es überhaupt einmal zu einer Vergemeinschaftung dieser Politikfelder kommt. Und zum anderen war es gerade die Innen- und Justizpolitik, die seit Ende der 1990er einen besonders dynamischen Prozess der Europäisierung durchlaufen hat.

Wie haben sich der Umfang und die Richtung der Europäisierung der Migrationspolitik in den letzten Jahrzehnten gewandelt?

Zu dieser Frage gibt es keine einfache und einheitliche Antwort. In der wissenschaftlichen Diskussion haben wir, ähnlich wie in der öffentlichen Debatte, Migrationspolitik viel zu häufig über einen Kamm geschoren. In Wirklichkeit ist Migrationspolitik aber ein Querschnittsthema, das aus verschiedenen einzelnen Politikfeldern besteht und Berührungspunkte mit vielen weiteren Themen hat. Eine erste Unterscheidung, die bereits zu häufig unterbleibt, verläuft zwischen der Integrations- und der Migrationskontrollpolitik. Das heißt nicht, dass es beispielsweise zwischen der Asylpolitik und der Arbeitsmigrationspolitik keine inhaltlichen Wechselwirkungen geben kann. Gerade die Tendenz, Migration wieder verstärkt mit Fragen der inneren Sicherheit zu verknüpfen, zeigt dies gegenwärtig sehr deutlich, da wir Auswirkungen für den gesamten Bereich der Migrations- und Integrationspolitik feststellen können. Meist ist es jedoch so, dass es zu uneinheitlichen politischen Entwicklungen kommt. Die zunehmende Polarisierung bei der Steuerung von ‚erwünschter' und ‚unerwünschter' Migration während der vergangenen zwei Jahrzehnte ist hierfür der offensichtlichste Beleg.



Das Buch:
Andreas Ette:
Migration and Refugee Policies in Germany. *New European Limits of Control*
Barbara Budrich Publishers
Opladen 2017
ISBN: 978-3-8474-2083-5 (Print)
ISBN: 978-3-8474-1078-2 (eBook)

In meiner Arbeit habe ich daher vier große Regelungsbereiche der Migrationspolitik unterschieden: Arbeitsmigrationspolitik, Flüchtlingspolitik, Irreguläre Migration sowie die migrationspolitische Agenda im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik. Ein wesentliches Ergebnis war es dann auch, dass sich Umfang und Richtung der Europäisierung zwischen diesen vier Politikfeldern während des Untersuchungszeitraums der Arbeit – zwischen Ende der 1990er Jahre und dem Jahr 2012 – teilweise deutlich unterschieden. Die vorliegenden Studien zu Umfang und Richtung der Europäisierung der Migrationspolitik zeigten bisher, dass es in den 1990er Jahren zu einer restriktiven Wende in der Migrationspolitik gekommen ist. Als klassisches deutsches Beispiel wird regelmäßig auf den Asylkompromiss aus dem Jahr 1992 verwiesen, dessen Einschränkung des Grundrechts auf Asyl politisch auch durch die europäische Zusammenarbeit möglich wurde. Meine eigenen Analysen zeigen hingegen, dass seit Ende der 1990er Jahre eine größere Heterogenität der Europäisierung zu beobachten ist. Den Einschränkungen des Asylrechts in den 1990er Jahren folgte nach der Jahrtausendwende eine zumindest partielle Zunahme von Flüchtlingsrechten. Insbesondere führte der Einfluss der Europäischen Union zu einem Ende des ‚Sonderwegs' in der deutschen Asylpolitik und einem Angleichen an internationale und europäische Standards. Eine Liberalisierung der Zuwanderungspolitik zeigte sich während des Untersuchungszeitraums im Fall der erwerbsbezogenen Migration. Hier hat sich – nicht zuletzt auch aufgrund der europäischen ‚Blue Card' – der institutionelle Rahmen zur Steuerung der Zuwanderung von Hochqualifizierten in enger Abstimmung mit der europäischen Ebene entwickelt. In anderen Bereichen kam es aufgrund der Europäisierung der deutschen Migrationspolitik hingegen zu restriktiveren Reformen. Der Aufbau von Frontex als europäischer Agentur für die Grenz- und Küstenwache ist ein Beispiel für die zunehmende operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der irregulären Migration sowie bei Abschiebungen und Rückführungen.

Wie stark ist die Position der EU-Institutionen in der Interaktion mit den Mitgliedstaaten bei der Gestaltung einer gemeinsamen Migrations- und Flüchtlingspolitik?

Auch hier müssen wir zwischen den verschiedenen europäischen Institutionen differenzieren. Eindeutig ist, dass sich der institutionelle Rahmen der europäischen Migrationspolitik in den vergangenen Jahrzehnten sehr dynamisch entwickelt hat. Die Reformen der euro-

päischen Verträge in Maastricht Anfang der 1990er Jahre, des Amsterdamer Vertrags im Jahr 1999 und insbesondere durch den Vertrag von Lissabon führten zu einer deutlichen Stärkung der europäischen Institutionen gegenüber den Mitgliedstaaten. Zusätzlich führten diese Reformen auch zu einer prinzipiellen Demokratisierung dieses Politikfeldes, indem vor allem das Europäische Parlament jetzt in einen Großteil der Gesetzgebungsprozesse im Bereich der Migrationspolitik einbezogen wird. Während des Untersuchungszeitraums hat sich die Europäische Kommission zu einem wichtigen Akteur der Migrationspolitik entwickelt. Insbesondere in der Phase des Agenda-Settings, wenn neue politische Vorschläge initiiert werden, hat die Kommission gegenüber dem EU-Ministerrat deutlich an Einfluss gewonnen. Auch der EuGH als Europäischer Gerichtshof wurde durch den Vertrag von Lissabon in seiner Funktion gegenüber den Mitgliedstaaten deutlich gestärkt und sorgt zwischenzeitlich für eine einheitlichere Auslegung europäischer Rechtsakte. Dennoch ist der EU-Ministerrat weiterhin die zentrale Institution, in der die Mitgliedstaaten ihren Einfluss geltend machen. In meiner Arbeit habe ich die Rolle Deutschlands insbesondere innerhalb der Arbeitsgruppen des Rates untersucht. Dabei hat sich regelmäßig gezeigt, dass die deutsche Regierung, wenn nicht bereits im Vorfeld der Politikinitiierung geschehen, hier eine sehr aktive und auch effektive Rolle zur Durchsetzung nationaler Interessen gespielt hat.

Welche Möglichkeiten haben nationale Regierungen, Verordnungen und Richtlinien der EU in ihrem Sinne zu beeinflussen oder sie gar zu vermeiden?

Grundsätzlich sind Gesetzgebungsprozesse in der Europäischen Union sehr komplex. Im Vergleich zur nationalen Ebene vervielfacht sich die Zahl der Akteure, die versuchen, diese Prozesse in ihrem Interesse zu beeinflussen. Neben den bereits genannten europäischen Institutionen und den 28 Mitgliedstaaten gehören hierzu natürlich auch noch eine Vielzahl von Interessengruppen und Nichtregierungsorganisationen, die ebenfalls auf verschiedene Weise diese Prozesse begleiten und beeinflussen. Im Vergleich zur nationalen Ebene ist es für Regierungen der Mitgliedstaaten somit einerseits deutlich schwieriger, europäische Richtlinien in ihrem Interesse zu beeinflussen. Andererseits bietet die Europäische Union aber das Potenzial, grenzüberschreitende Herausforderungen wie die internationale Migration effektiver zu lösen als dies den Mitgliedstaaten alleine auf nationaler Ebene möglich wäre.

Im Rahmen der Arbeit habe ich versucht, die Komplexität politischer Prozesse in Europa durch vier verschiedene idealtypische Mechanismen in den Griff zu bekommen. Diese unterscheiden sich hinsichtlich der mitgliedstaatlichen Aktivitäten bei der Gestaltung gemeinsamer europäischer Politiken – was ich in der Arbeit als ‚uploading' bezeichne – sowie der mitgliedstaatlichen Aktivitäten bei der Umsetzung europäischer Politiken in nationales Recht und Praxis – in der Arbeit als ‚downloading' bezeichnet. Der Mechanismus, der bisher die wissenschaftliche Diskussion dominierte und die Interaktion zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten beschrieb, ist das ‚venue shopping'. Hier versuchen nationale Regierungen aktiv ihre Interessen auf europäischer Ebene umzusetzen und beispielsweise durch die Kooperation bei der irregulären Migration nationale Defizite zu umgehen. Die Mitgliedstaaten haben aber auch im Prozess der nationalen Umsetzung gemeinsamer europäischer Politik deutlichen Einfluss. Der Mechanismus, den ich in der Arbeit als ‚backdoor opposition' bezeichnet habe, beschreibt Fälle, in denen Mitgliedstaaten europäische Richtlinien verspätet, ungenügend oder gar nicht in nationales Recht umsetzen und so durch die Hintertür ihre Interessen einzubringen versuchen. Dieses daraus entstehende Implementationsdefizit ist auch nach wie vor eines der zentralen Probleme einer wirklichen gemeinsamen Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union.

Ganz konkret widmen Sie sich dem Beispiel Deutschland: Warum eignet es sich als Fallbeispiel besonders gut für die Analyse des Einflusses des europäischen Faktors auf den Wandel nationaler Politiken?

Das hat direkt mit dem Untertitel des Buches – den ‚New European Limits of Control' – zu tun. Wenn wir versuchen, länderübergreifende Unterschiede oder zeitliche Veränderungen der Migrationspolitik zu erklären, greifen wir für gewöhnlich auf verschiedene theoretische Ansätze zurück. Ökonomische Ansätze verweisen beispielsweise auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die sich daraus ableitenden Interessen von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Politikwissenschaftliche Ansätze konzentrieren sich hingegen auf den Einfluss der öffentlichen

Meinung sowie der politischen Parteien auf die Ausgestaltung der Migrationspolitik. In der Arbeit versuche ich zu zeigen, dass sich die Mehrebenenpolitik innerhalb der Europäischen Union zu einem wesentlichen Faktor für das Verständnis nationaler Migrations- und Flüchtlingspolitiken entwickelt hat. Dieses Argument kannte man bisher vor allem aus dem Kontext der neueren Mitgliedstaaten. Im Verlauf der Beitrittsprozesse der südeuropäischen und der osteuropäischen Staaten haben diese ihre nationalen Politiken an den bestehenden Besitzstand europäischer Politiken und ihrer damit verbundenen Rechte und Pflichten anpassen müssen. Diese Form der Konditionalität machte die EU für die entsprechenden Staaten zu einem wichtigen Faktor nationaler Reformprozesse. Am Beispiel Deutschland lässt sich hingegen sehr gut untersuchen, wie sich auch in traditionellen Mitgliedstaaten die EU zu einem zentralen Fixpunkt der Innenpolitik entwickelt hat.

Lassen sich die festgestellten Mechanismen der Europäisierung der Migrationspolitik auch auf andere Politikfelder übertragen?

Das würde mich natürlich sehr freuen, wenn Kolleginnen und Kollegen das theoretische Konzept aufgreifen und für die Analyse von Entwicklungen in anderen Ländern oder in anderen Politikfeldern nutzbar machen würden. Grundsätzlich diskutieren wir in der Politikwissenschaft schon seit längerem über verschiedene Mechanismen der Europäisierung. Die konsequente Entwicklung von vier idealtypischen Mechanismen – abhängig von der Interaktion zwischen nationalstaatlicher und europäischer Ebene im Rahmen des europäischen Politikprozesses – ist meines Wissens aber neu. Ich habe die vier Mechanismen bereits immer mit Verweisen auf empirische Studien aus anderen Politikfeldern entwickelt. Daher bin ich optimistisch, dass die Typologie helfen würde, die sich verändernden demokratischen Prozesse im europäischen Mehrebensystem auch in anderen Politikfeldern untersuchen und erklären zu können.

Reicht das bisher verwendete methodische Werkzeug für die Erforschung des Themas aus oder gibt es noch Verbesserungsbedarf?

In den vergangenen Jahren ist die Zahl von Geflüchteten und international schutzsuchenden Personen in Europa deutlich gestiegen. Zwischen 2015 und 2016 haben insgesamt 2,6 Mio. Menschen einen Antrag auf Asyl gestellt. Ohne diese Herausforderung herunterzuspielen, war und ist die sogenannte Flüchtlingskrise in erster Linie eine politische Krise, bei der die europäischen Mitgliedstaaten nicht in der Lage waren, innerhalb Europas und gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern eine für alle tragbare Lösung zu finden. Nur ein Beispiel: Wenn wir an die schwierigen Verhandlungen für einen Umverteilungsmechanismus von Flüchtlingen innerhalb Europas und die gleichsam komplizierte Umsetzung dieses Verfahrens in die Praxis denken, wird deutlich, dass wir die Bedingungen für gemeinsame und effektive europäische Politiken noch weitaus besser verstehen müssen. Hier kann ein wichtiger Beitrag der Wissenschaft liegen, um den zukünftigen Herausforderungen von Flucht und Migration besser begegnen zu können. Dafür müssen wir unser methodisches Handwerkszeug aber noch weiterentwickeln. Die Mehrzahl der Studien zur Migrationspolitik ist nach wie vor qualitativ geprägt und basiert meist – wie auch meine eigene – auf Analysen einzelner Staaten. Für ein besseres Verständnis der Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa sollten solche vertiefenden Länderstudien um ländervergleichende Analysen ergänzt werden. Hierfür können wir auf erste Initiativen aufbauen, die sich in den vergangenen Jahren mit der quantitativen Messung legislativer Veränderungen im Bereich der Migrationspolitik auseinandergesetzt haben. Mit einer solchen Grundlage sehe ich vielfältige Möglichkeiten, wie politikwissenschaftliche Erkenntnisse zukünfig noch besser für die Politikberatung genutzt werden können.

Interview: Bernhard Gückel, BiB

Rückblick

Die Potenziale der demografischen Dividende für Afrika nutzen

Bei einer vom BiB mitorganisierten Podiumsdiskussion mit offiziellen Vertretern der EU sowie der Afrikanischen Union im Rahmen der EU Development Days (EDD) am 7. Juni 2017 in Brüssel drehte sich die Debatte um die Frage, wie die demografische Dividende für die weitere Entwicklung Afrikas genutzt werden kann.

Der Begriff „Demografische Dividende“ bezeichnet den möglichen wirtschaftlichen Nutzen, der sich durch die Veränderung der Altersstruktur eines Staates (im Sinne des Anwachsens der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) erzielen lässt, wenn die Geburtenrate sinkt. Für Afrika bedeutet dies, dass vor allem in Bildung und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen investiert werden sollte und Maßnahmen ergriffen werden, um den vielen jungen Erwerbsfähigen produktive Beschäftigung und somit Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Das „window of opportunity“ ist nur begrenzt offen

Tilman Nagel von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit zeigte sich davon überzeugt, dass Afrika das Potenzial dazu habe, die demografische Dividende für seine Weiterentwicklung zu nutzen. Viele junge Menschen in den afrikanischen Ländern, die hungrig nach neuen Ideen und bereit für einen Wandel seien, bildeten hierfür das Fundament, so Nagel. Begünstigend auf die Dividende wirke sich vor allem die langfristig rückläufige Fertilitäts- aber auch die Mortalitätsrate aus. Das „window of opportunity“ sei allerdings nur 30 bis 40 Jahre geöffnet, ehe sich demografische Veränderungen einer alternden Bevölkerung wieder negativ bemerkbar machen könnten, warnte er. Entscheidend sei dabei die „dependency ratio“ (Abhängigenquotient), also das Verhältnis der Zahl an Menschen im nichterwerbsfähigen Alter wie Kinder oder Ältere zu den Personen im erwerbsfähigen Alter. Sie ist gegenwärtig zum Beispiel in Zentralafrika relativ hoch. Es werde hier aber von einem Rückgang in den kommenden Jahren ausgegangen, so dass sich ein Fenster für Entwicklung öffnen werde.

Die demografische Dividende ist eine Chance für Afrikas Entwicklung, die es zu nutzen gilt. Dabei muss es auch darum gehen, die vorhandene soziale Ungleichheit in Afrika zu reduzieren. Als ein Schlüsselfaktor dafür wurden in der Debatte wiederholt vor allem Investitionen in die Bildung der jungen Menschen genannt. Die Diskussionssession fand im Rahmen der EU Development Days statt und wurde vom BiB, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH sowie des African Institute for Development Policy gemeinsam organisiert.
Im Bild von links: Tilman Nagel (GIZ), Carla Montesi (Europäische Kommission), Margaret Agama-Anyetei (African Union Commission), Eliya Msiyaphazi Zulu (African Institute for Development Policy), Tikhala Itaye (AfriYAN) und Moderatorin Ute Lange (i3kommunikation). (Bild: EU)

Welche Investitionen befördern die Wirksamkeit der demografischen Dividende?

Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, welche Investitionen sinnvoll sind, um die Vorteile der sich ändernden Altersstruktur in Afrika zu nutzen. Für Carla Montesi als Vertreterin der Europäischen Kommission genoss das Thema Bildung höchste Priorität. Eine gute Bildung gibt den jungen Menschen die notwendigen Fähigkeiten innovativ tätig zu werden. Dies führe am Ende dann zu Jobs, betonte sie.

Margaret Agama-Anyetei (Division Health, Nutrition and Population African Union Commission) wies darauf hin, dass die Nutzung der demografischen Dividende beeinträchtigt werde durch die Vielgestaltigkeit der demografischen Entwicklung in den afrikanischen Ländern. Neben einem breiten Spektrum von Ländern mit hoher Fertilität wie zum Beispiel in Zentralafrika gebe es auch eine Anzahl mit einer niedrigen Fertilität und Mortalität. Aufgrund dieser Vielfalt müssten in einem ganzheitlichen Ansatz die vier Räder Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Wohlbefinden sowie gutes Regieren zusammenwirken und nicht einzeln verfolgt werden, forder-

te sie. Die Fokussierung auf eine einzelne Säule ohne die Berücksichtigung der anderen Felder werde vor allem der Jugend Afrikas nicht helfen, meinte sie.

Der Direktor des African Institute for Development Policy in Nairobi, Eliya Msiyaphazi Zulu, plädierte für Investitionen mit dem Ziel eines anhaltenden Bevölkerungsrückgangs. Die Altersstruktur der Bevölkerungen in Afrika müsse verändert werden. Erreicht werden solle dies durch Investitionen in die Jugend und die Bildung. Zudem sei der Ausbau von Familienplanung erforderlich. Darüber hinaus gelte es, das Überleben von Neugeborenen bei der Geburt zu verbessern.

Für die Präsidentin der Eastern and Southern African Region of African Youth and Adolescents Network (AfriYAN), Tikhala Itaye, steht vor allem der Blick auf den Lebenslauf der jungen Menschen im Fokus. So müssten alle Investitionen Hand in Hand gehen, um so den Lebensweg von Kindheit, Jugend und Erwachsensein zu begleiten. In diesem Prozess spielt aus ihrer Sicht vor allem die Regierung bzw. die politische Führung eine wichtige Rolle.

Problem: Wer investiert, will auch schnelle Erträge

Bei der konkreten Umsetzung von ganzheitlichen Ansätzen in den jeweiligen Ländern darf aber die Machbarkeit nicht außer Acht gelassen werden. Tilman Nagel (GIZ) appellierte daher angesichts begrenzter Budgets für eine genaue Analyse der Situation. Er zeigte sich skeptisch, ob die vielfach geforderten Investitionen in die Bildung junger Menschen die zentrale Lösung für alle Länder darstellen. Zudem wollten Investoren schnelle Erfolge sehen, die aber im Verlauf langwieriger demografischer Prozesse meist erst Jahrzehnte später eintreten.

Chancen der Dividende nutzen oder Chaos als Alternative?

Wie ernst die Lage in der Diskussionsrunde betrachtet wurde, machte Eliya Msiyaphazi Zulu deutlich. Seiner Ansicht nach müssen Wege gefunden werden, um die afrikanischen Regierungen bei der Förderung junger Menschen zu unterstützen. Schließlich seien schwache Regierungen auch eine Ursache der Unterentwicklung in Afrika. „Gutes Regieren“ sei notwendig und zwar nicht nur mit Geld, sondern durch die Schaffung von Strukturen, in denen sich die Länder entwickeln können. Letztlich sei für ihn klar: Wenn die Chancen, die die demografische Dividende bietet, nicht genutzt würden, drohe am Ende in den Ländern Afrikas das Chaos: „Wir haben keine Wahl. Wir müssen schon heute in die Kinder und jungen Menschen in Afrika investieren.“

Bernhard Gückel, BiB

Informationen zum EDD

https://www.eudevdays.eu/

Forschungskooperationen

BiB bei Treffen von Generations and Gender Programme in Berlin

Vom 5. bis 7. Juli 2017 ging es bei mehreren Veranstaltungen in Berlin um die weitere Ausrichtung des internationalen Forschungsprogramms GGP.

Das „Generations and Gender Programme“ (GGP) stellt Daten zur Erforschung demografischer Themen bereit. Dafür wird unter anderem in etwa 20 Ländern selbst eine Panelstudie erhoben, der Gender and Generation Survey (GGS). Den Schwerpunkt bilden die Beziehung zwischen Kindern und ihren Eltern (Generations) und die Beziehung zwischen den Partnern (Gender).

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung ist verantwortlich für die Erhebung in Deutschland und führt das GGP als Teil eines internationalen Konsortiums durch. Bei den Veranstaltungen in Berlin mit dabei waren drei Wissenschaftler aus dem BiB, die am Institut für die Mitarbeit im GGP sowie für die Vorbereitung des nächsten deutschen „Generations and Gender Survey“ (GGS) hauptverantwortlich sind: Dr. Martin Bujard, Robert Naderi und Dr. Detlev Lück.

Wie geht es weiter mit dem „Generations and Gender Programme (GGP)“ im Rahmen des GGS? Darüber diskutierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den beteiligten Ländern in Berlin.
Der Generations and Gender Survey (GGS) liefert mit aktuellen empirischen Daten Aufschluss über zugrundeliegende demografische Verhalten und Prozesse sowie die diese Entwicklungen beeinflussenden Faktoren. Wichtigstes Ziel des GGS ist es, neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die genannten demografischen Veränderungen zu ermöglichen und der Politik und ihren Entscheidungsträgern zur Verfügung zu stellen. (Bild: BiB)

Ein wichtiger Bestandteil der Treffen war die vierte GGP Nutzerkonferenz (4th GGP User Conference) am 6. und 7. Juli – eine wissenschaftliche Konferenz, auf der Nutzer der GGS-Daten ihre Forschungsergebnisse präsentierten und diskutierten. An der hochrangigen Veranstaltung nahmen etwa 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler teil.

Neustart des Generation and Gender Surveys für 2019/2020 geplant

Um diese Nutzerkonferenz herum fanden mehrere Arbeitstreffen statt. Das größte davon war das 14. Council of Partners Meeting. Dort trafen sich Vertreter der Institutionen, die den GGS in ihren Ländern erhoben haben oder dies in Zukunft beabsichtigen. Das zentrale Organisationsteam des GGP stellte aktuelle Entwicklungen wie die stetig steigende Zahl der registrierten Nutzer der GGS-Daten vor. Im Mittelpunkt standen die Vorbereitungen für den in den Jahren 2019/2020 geplanten Neustart des GGS mit neuer Stichprobe und verbessertem Erhebungsdesign.

Pilotstudie zu Neukonzeption des Erhebungsdesign in 2018

Ebenfalls am 5. Juli trafen sich die Beteiligten am Projekt GGP-EPI (Evaluate, Plan, Initiate) – einem Teilprojekt des GGP, das die Organisationsstrukturen sowie die Methodik des GGS für den Neustart verbessern möchte. Innerhalb des Teilprojektes GGP-EPI ist das BiB im Arbeitspaket 2 beteiligt, das sich insbesondere einer technischen Verbesserung des Fragebogens sowie einer Neukonzeption des Erhebungsdesigns widmet. Dieses soll 2018 – vor dem eigentlichen Feldstart des neuen GGS – in einer Pilotstudie getestet werden. Neben Portugal und Kroatien wird die Studie auch in Deutschland durchgeführt werden. Das BiB organisiert die Durchführung und finanziert sie mit.

Detlev Lück, BiB

Informationen zum Projekt

http://www.bib-demografie.de/DE/Forschung/Surveys/GGS/ggs_node.html

DFG fördert neues Projekt des BiB und der Universität Duisburg-Essen zur internationalen Migration

Das BiB und die Universität Duisburg-Essen starten ein Forschungsprojekt zu den individuellen Konsequenzen von internationaler Migration im Lebensverlauf. Das Vorhaben wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit über 1,1 Million Euro gefördert.

Das auf drei Jahre angelegte Projekt verfolgt drei Ziele: So geht es zunächst um die inhaltliche Untersuchung der individuellen Konsequenzen internationaler Migration. Dabei werden die Folgen der Wanderungen entlang von vier Dimensionen des Lebensverlaufs analysiert. Dazu gehören Erwerbstätigkeit und Einkommen, Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit, Partnerschaft und Familie sowie soziale Beziehungen und gesellschaftliche Partizipation. Konzeptionell wird das Ziel verfolgt, die Wande-

rungsfolgen nicht nur als Frage der Integration in die Aufnahmegesellschaft zu betrachten. Vielmehr sollen die Konsequenzen der Mobilität auch durch einen Vergleich mit der nicht-mobilen Bevölkerung der Herkunftsgesellschaft sowie im Zeitverlauf als Ergebnisse individueller Lebensverläufe analysiert werden.

Neuer Survey „German Emigration and Remigration Panel Study (GERPS)

Das dritte Ziel des Projekts besteht in der Etablierung der „German Emigration and Remigration Panel Study (GERPS)“ als neuem Survey. Mit dieser Befragung von Aus- und Rückwanderern wird erstmals eine empirische Grundlage zur Untersuchung der Konsequenzen internationaler Migration auf den Lebensverlauf zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen über das Forschungsprojekt erteilt Dr. Andreas Ette.

Bernhard Gückel, BiB

Das BiB in den Medien

Immer unterwegs zwischen Zuhause und Büro

Der Anteil der Menschen, der aus beruflichen Gründen pendelt, nimmt weiter zu. Warum das so ist und welche Folgen dies für die Betroffenen haben kann, haben die beiden BiB-Forscher Dr. Simon Pfaff und Dr. Heiko Rüger in mehreren Interviews in Presse und Rundfunk erläutert.

Warum setzt sich eine wachsende Zahl von Menschen einem stressigen Pendlerleben aus? Für Dr. Simon Pfaff spielt hier vor allem der starke Beschäftigungszuwachs seit dem Jahr 2005 eine wichtige Rolle, wie er im Interview der Sendung „Der Abend“ des Südwestrundfunks Baden-Württemberg (SWR1) vom 13. Juni 2017 erklärte. Im Zuge dieses Wachstums hat auch die Zahl der Pendlerinnen und Pendler zugenommen, die mehrmals wöchentlich bzw. einmal pro Woche zwischen Wohnung und Arbeitsplatz pendeln. Zugleich nehmen sie immer längere Wegstrecken in Kauf, so Dr. Pfaff.

Mehr Doppelverdienerhaushalte als eine Ursache

Die Ursachen für die zunehmenden Pendlerströme seien vielfältig, zumal eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur das Fernpendeln erst ermöglicht. Hinzu kommt ein wachsender Anteil erwerbstätiger Frauen: Die Zahl der Doppelverdiener-Haushalte ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich angestiegen, bestätigt Dr. Rüger im Interview des Magazins „FAZ-Woche“ vom 30. Juni 2017. Es gestalte sich meist schwierig, zwei adäquate Jobs am selben Ort zu finden. Dies sei eine der Hauptursachen für die steigenden Zahlen von Fernpendlern.

Männer und Frauen sind gleichermaßen bereit zu Mobilität

Was die Pendelentfernungen angeht, so sind es eher die Männer, die lange Strecken zurücklegen. Verantwortlich hierfür seien nach Ansicht von Dr. Pfaff zwei Ursachen: Zum einen sind Männer trotz aller gesellschaftlichen und familiären Veränderungen immer noch häufiger berufstätig und vollerwerbstätig als die Frauen. Nach wie vor ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Frauen schwieriger zu bewältigen als für Männer, betont der Soziologe. Trotzdem sind die Frauen grundsätzlich keineswegs weniger mobil bzw. nicht weniger bereit zu Mobilität.

Auch die junge Generation ist betroffen

Die Zunahme der Mobilität lässt sich auch bei den Angehörigen der sogenannten Generation Y (also den Geburtskohorten zwischen 1980 und 1999) feststellen. So gibt es hier eine hohe Bereitschaft zum Pendeln, die ihren Grund vor allem in veränderten Arbeitsmarktstrukturen und einem Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse hat. Befristete Beschäftigungsverhältnisse erforderten ein hohes Maß an Mobilität, so der Mobilitätsforscher. Pendeln kann hier eine Möglichkeit sein, unterschiedliche Arbeitsorte zu erreichen und einen Wohnortwechsel zu vermeiden. Dabei steht im internationalen Vergleich Deutschland keineswegs als Sonderfall da: So liegt es, was die Pendeldauer angeht, im Mittelfeld. Auch in anderen Industriestaaten haben die Dauer und die zurück-

gelegte Pendelstrecke in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen.

Die Folgen für die Lebenszufriedenheit

Doch diese Entwicklung hat Folgen: So werde Pendeln häufig als Belastung wahrgenommen, die sich je nach Pendelhäufigkeit und -distanz durchaus auch auf die Gesundheit auswirken könne, warnt Dr. Pfaff. So hat er in seinen Analysen Anzeichen dafür gefunden, dass sich mit zunehmender Länge der Pendelstrecke die Lebenszufriedenheit von Arbeitnehmern verringert.

Im Magazin „FAZ-Woche“ wird dies von Dr. Heiko Rüger bestätigt. So zeigten Untersuchungen des BiB, dass rund 40 % der Fernpendler mit einer Fahrzeit von einer Stunde und länger stärker unter Stress litten. Allerdings bedeute dies auch, dass 60 % dies keineswegs so empfinden. Daraus zieht er den Schluss, dass es auch Menschen gibt, die lange Wege zur Arbeit auf sich nehmen und trotzdem entspannt bleiben.

Nicht jeder ist unglücklich über seine Pendelsituation

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Meisten die Entscheidung zum Pendeln als Notwendigkeit betrachten, die sie weder besonders positiv noch negativ beurteilen. Im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) vom 9. Juli 2017“ wies Dr. Rüger dazu darauf hin, dass Menschen dazu neigten, ihr Verhalten zu rationalisieren. Deshalb fühle sich nicht jeder dauerhaft unglücklich, wenn er täglich weite Strecken zurücklegt. Dabei dürften die nachteiligen Folgen des Pendelns noch unterschätzt werden. So gebe es Selektionseffekte insofern, als die Gruppe, die mit der dauerhaften Pendelerei nicht klarkommt, bereits frühzeitig wieder aussteigt.

Spielt die Wahl des Verkehrsmittels eine Rolle?

Die Wahl des Verkehrsmittels scheint sich nicht in eindeutiger Form auf die Zufriedenheit der Betroffenen auszuwirken. Dies gelte nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere europäische Länder. So ließ sich nirgendwo ein signifikanter Unterschied im Stresserleben zwischen den Nutzern der Verkehrsmittel Auto oder Bahn erkennen. Vielmehr scheinen individuelle Vorlieben und die regionalen Gegebenheiten hier eine größere Rolle zu spielen. Dies gelte zumindest für die vom BiB untersuchten Fernpendler mit einer täglichen Pendeldauer von zwei Stunden oder länger. Auf jeden Fall wirkt sich die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs günstiger aus als das Auto, wie Dr. Rüger in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 24. Juli 2017 betonte. Auch ein gesundes Pendeln ist möglich, denn wer einen Teil der Strecke läuft oder mit dem Rad fährt, bleibt eher fit.

Glücklich ist, wer aus freien Stücken pendelt

Wie glücklich das Pendlerleben von den Betroffenen empfunden wird, hängt letztlich davon ab, ob man die für sich selbst beste Variante des Pendelns gefunden hat – und ob man das Pendeln aus freien Stücken gewählt hat. Wenn aus eigenem Antrieb und unterschiedlichsten positiv belegten Motiven gependelt wird, sind die Voraussetzungen gut, dass der tägliche Weg in Auto oder Bahn nicht als übermäßig belastend empfunden wird, betonte Dr. Rüger. Trotzdem sollten Pendler in regelmäßigen Abständen prüfen, ob für sie nicht doch ein Umzug die bessere Wahl darstellt. Viele rutschten unbemerkt in ein jahrelanges Pendeln aus Gewohnheit, so der Soziologe in der „FAS“. Vielleicht hilft das Pendeln vielen aber auch dabei, um einen räumlichen und gedanklichen Abstand zum Büro herzustellen – was ja auch entspannend wirken kann.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur von BiB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Martin Bujard (2017):
Wie passt das zusammen? Familienleitbilder junger Menschen und Parteipositionen zur Familienpolitik. In: Aus Poliitk und Zeitgeschichte 30-31/2017: 9-15

Inwieweit die Einstellungen junger Familien und die Parteiprogramme im Wahljahr 2017 zusammenpassen, beleuchtet Martin Bujard.

Die Bedeutung der Familienpolitik hat in den letzten Jahren zugenommen. Mitverantwortlich dafür ist ein fundamentaler Wandel in den Einstellungen zu den Rollen von Müttern und Vätern. Auf der Basis von Befunden aus der zweiten Welle des Familienleitbildsurveys des BiB macht der Beitrag die Veränderungen in der Einstellung der jungen Generation zur Familie und zur Vater- und Mutterrolle deutlich. Demnach wird das Hausfrauenmodell nur noch von einer kleinen Minderheit als ideal angesehen. Dazu befürworten fast alle ein flexibles Zweiverdienermodell, das gerade Eltern mit Kleinkindern genug Zeit für die Erziehung lässt. Zudem gibt es bei den meisten jungen Vätern einen deutlichen Wunsch nach einer aktiven Vaterrolle.

Mit welchen familienpolitischen Themen sich die politischen Parteien im Wahljahr positioniert haben, untersucht der Beitrag in einem zweiten Teil. Hier wird deutlich, dass es zwar viele Überschneidungen zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien gibt – etwa bei der Elternzeit, der Väterzeit und der Definition von Familie. Allerdings existieren konzeptionelle Unterschiede zwischen den Volksparteien, wo die SPD Partnerschaftlichkeit und CDU/CSU Wahlfreiheit als zentrale Leitmotive betonen. Im dritten Teil analysiert der Beitrag, inwieweit die Parteiprogramme zu den Familienleitbildern der jungen Generation passen.

Download des Heftes unter

http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/252662/familienpolitik

Heiko Rüger; Harun Sulak (2017):
Wochenendpendeln von Erwerbstätigen in Deutschland: Analysen mit den Mikrozensen 1991 bis 2012. In: Raumforschung und Raumordnung - Spatial Research and Planning (Online First) [DOI: 10.1007/s13147-017-0496-x]

Dr. Heiko Rüger und Harun Sulak untersuchen die Verbreitung und die zeitliche Entwicklung des Wochenendpendelns in Deutschland.

Auf der Grundlage des Mikrozensus wird analysiert, ob die Zahl der erwerbstätigen Wochenendpendlerinnen und -pendler im Zeitraum zwischen 1991 und 2012 zugenommen hat. Zudem wird der Frage nachgegangen, welche soziodemografischen, beruflichen und raumbezogenen Merkmale die Wahrscheinlichkeit des Wochenendpendelns beeinflussen. Dabei wird auch betrachtet, ob es Unterschiede bei den Effekten nach Geschlecht gibt. Da heute viele Frauen nicht mehr dazu bereit sind, für den Job ihres Partners umzuziehen, lässt sich vermuten, dass das Wochenendpendeln als Mobilitätsalternative an Bedeutung gewonnen hat.

Die Ergebnisse belegen einen kontinuierlichen Anstieg des Wochenendpendelns unter den Erwerbstätigen von 0,34 auf 1,02 % zwischen 1991 bis zum Jahr 2008, was rund einer Verdreifachung des Anteils entspricht. Für das Jahr 2012 ergibt sich ein Rückgang, der allerdings in erster Linie durch methodische Gründe verursacht wurde.

Insgesamt offenbaren die Befunde deutliche Unterschiede bei den soziodemografischen Merkmalen. So ist beispielsweise der Anteil der Wochenendpendler unter den Männern mit 1,5 % rund dreimal so hoch wie bei den Frauen. Ebenfalls höhere Anteile an Wochenendpendlern

Download des Artikels unter

https://link.springer.com/article/10.1007/s13147-017-0496-x

wiesen die Erwerbstätigen aus Ostdeutschland (3,4 %), höher Gebildete (1,8 %) sowie insbesondere die Berufsgruppe der Soldaten (18,9 %) auf. Den Analysen zufolge ist der „typische" Wochenendpendler demnach männlich, hat einen Hauptwohnsitz in Ostdeutschland und ist nicht verheiratet. Die „typische" weibliche Wochenendpendlerin ist zwischen 25 und 34 Jahren alt, Akademikerin und nicht verheiratet. Zusammengenommen lassen sich die Ergebnisse so interpretieren, dass es sich beim Wochenendpendeln um ein Phänomen handelt, das sowohl Aspekte einer „modernen" als auch einer traditionellen Lebensform vereint.

Ralina Panova, Harun Sulak, Dr. Martin Bujard, Lisa Wolf (2017):
Die Rushhour des Lebens im Familienzyklus: Zeitverwendung von Männern und Frauen. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 am 5./6. Oktober 2016 in Wiesbaden. Wiesbaden: 45-67

Wie gestaltet sich die zeitliche Belastung von Eltern mit Kleinkindern? Der Beitrag sucht Antworten auf diese Frage und analysiert daher die Zeitverwendung in der Rushhour im Familienzyklus, die vor allem Eltern mit Kleinkindern betrifft. Dazu werden synthetische Querschnitts-Lebensläufe für Männer und Frauen ab 20 Jahre gebildet.

Untersucht werden für die Gruppe der Eltern die Arbeitsbelastung und das subjektive Empfinden von Zeitdruck im Lebensverlauf. Die Ergebnisse zeigen eine Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse nach Geburt der Kinder in der Phase mit Kleinkindern. Einen Höhepunkt erreicht die Arbeitsbelastung bei Männern und Frauen mit zwei Kindern, wenn das jüngste Kind unter drei Jahren ist. In Bezug auf den subjektiv empfundenen Druck wird deutlich, dass die Rushhour des Lebens bei Frauen länger und intensiver ist.

Bernhard Gückel, BiB

Download des Tagungsbandes

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/Tagungsband-WieDieZeitVergeht.html

Comparative Population Studies – News

Ausgabe 42 (2017) erschienen mit u. a. folgenden Beiträgen

Martin Bujard, Melanie Scheller:
Einfluss regionaler Faktoren auf die Kohortenfertilität: Neue Schätzwerte auf Kreisebene in Deutschland (Impact of Regional Factors on Cohort Fertility: New Estimations at the District Level in Germany)

Für Deutschland liegen kreisspezifische Fertilitätsdaten bisher lediglich für die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) vor, nicht jedoch zur endgültigen Kinderzahl (Kohortenfertilität, CTFR). Auf Basis des Zensus 2011 und der Geburtenstatistik werden in dem Beitrag Schätzwerte für die CTFR auf Kreisebene generiert und Einflussfaktoren ihrer Variation analysiert. Zunächst wird die CTFR der Geburtskohorten 1969-72 für alle 402 Kreise berechnet. Die geschätzte CTFR variiert erheblich zwischen den Kreisen bei einer Spannbreite von 1,05 bis 2,01. Sie unterscheidet sich deutlich von den bekannten Werten der TFR. Diese Unterschiede beruhen hauptsächlich auf Verzerrungen durch die Timing-Komponente der TFR, die in Ostdeutschland, bei Universitätsstädten und im Stadt-Land-Vergleich auffällig sind. Daher ermöglichen die ge-

Download der Beiträge unter

http://www.comparativepopulationstudies.de

schätzten CTFR-Werte einen weitaus besseren Einblick in regionale Fertilitätsunterschiede.

Im zweiten Schritt werden die Unterschiede der neu gewonnenen CTFR auf Kreisebene mittels linearer Regressionen analysiert. Die drei Kompositionseffekte - geringe Akademikerinnenquote, hoher Katholiken- und hoher Migrantenanteil - tragen signifikant zu einer höheren CTFR in westdeutschen Kreisen bei. Allerdings spielen regionale Opportunitäten ebenfalls eine wichtige Rolle: Eine geringe Bevölkerungsdichte, das Angebot relativ großer Wohnungen und ein Männerüberschuss sind deutlich mit höherer Fertilität assoziiert, ebenso ökonomische Faktoren wie traditionelle Wirtschaftsstruktur und niedrige Arbeitslosigkeit. Insgesamt zeigen die Analysen, dass regionale Faktoren einen hohen Einfluss auf die Fertilität haben.

Felicitas Hilmann, Ernst Spaan:

On the Regional Rootedness of Population Mobility and Environmental Change

Bei der Suche nach Ursachen für weltweite Migrationsbewegungen wird immer wieder auf den Zusammenhang zwischen Migration und dem Umwelt- und Klimawandel verwiesen. Dabei stellt sich die Frage nach einer klaren Kausalität zwischen diesen Umweltveränderungen und der Mobilität der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag am Beispiel zweier Küstenregionen im Süden Ghanas und im Norden Javas (Indonesien) den Zusammenhang von Umweltwandel und Migration auf regionaler Ebene. Beide Regionen weisen eine starke Dynamik hinsichtlich des Umweltwandels auf, so dass davon ausgegangen wird, dass sie besonders stark von sogenannter Klimamigration betroffen sind. Die Resultate der vergleichenden Analyse belegen, dass ähnliche Umweltbedingungen zu sehr unterschiedlichen Effekten der Migrationsmuster führen können. Diese Muster werden hauptsächlich durch die ökonomischen Gegebenheiten und Bildungsmöglichkeiten gestaltet.

Aus den Ergebnissen geht hervor, dass sich erst durch die Einbettung des Umweltgeschehens in eine regionale Perspektive, sowie die Einbeziehung der jeweiligen Geschichte von Migration und Umweltwandel in der Region die aktuellen Mobilitätsdynamiken und Reaktionen auf Umweltwandel verstehen lassen.

Tomas Frejka:

The Fertility Transition Revisited: A Cohort Perspective

Als demografischer Übergang wird in der Bevölkerungswissenschaft die Entwicklung der Bevölkerung von hohen zu niedrigen Sterbe- und Geburtenraten bezeichnet. Im Zuge seines Verlaufs schrumpft zunächst die Sterblichkeit und später geht dann das Geburtenniveau zurück. In der Zwischenphase kommt es zu einem raschen Anwachsen der Bevölkerung, bevor sie dann letztlich schrumpft und altert.

Die verschiedenen Phasen des Übergangs sind nicht in allen Ländern zur gleichen Zeit durchlaufen worden, sondern entfalteten sich je nach Region in unterschiedlicher Ausprägung. Der Beitrag analysiert daher die unterschiedlichen Pfade, die die Übergänge bei der Kohortenfertilität in 36 Ländern im 19. und 20. Jahrhundert kennzeichnen.

Dabei lassen sich im Verlauf vier Pfadmuster feststellen:

1. der Fertilitätsübergang im Westen, der sich durch eine hoch fluktuierende Kohortenfertilität auszeichnet;
2. die Geburtenentwicklung in Südeuropa ist im zeitlichen Verlauf charakterisiert durch einen fast ununterbrochenen Rückgang bei der Kohortenfertilität;
3. das Muster des Fertilitätsübergangs in Zentral- und Osteuropa ist gekennzeichnet durch eine stabile Kohortenfertilität bei den Kohorten der zwischen 1920 und 1950 Geborenen und einen Rückgang bei den 1960 und 1970 Geborenen;
4. der Übergang bei der Fertilität in Ost- und Südostasien startet in der Mitte des 20. Jahrhundert mit einer rapide sinkenden Kohortenfertilität.

Die Ursachen für diese zeitlich unterschiedlich stattfindenden Entwicklungen der Fertilitätsübergänge sind eine komplexe Kombination aus technologischen, sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungen sowie kulturellen und ideellen Effekten. Dabei wird deutlich, dass es unmöglich ist, kausale Zusammenhänge zwischen den einzelnen Faktoren herzustellen.

Übersetzungen und Text: Bernhard Gückel, BiB

Vorträge

Dr. Heiko Rüger; Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Ist das freiwillige Engagement durch die Ausbreitung mobiler und multilokaler Lebensformen bedroht?

Die zunehmende Verbreitung beruflicher Pendelmobilität sowie multilokaler Wohn-Arrangements wirft Fragen für die vielfältigen Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf, wie Dr. Heiko Rüger beim Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS) in Zürich am 23. Juni 2017 betonte. Dabei richtete er auf der Basis des Surveys zu „Job Mobilities and Family Lives" den Blick vor allem auf die bisher kaum untersuchte Verbindung zwischen mobilen und multilokalen Lebensformen und freiwilligem Engagement. Darunter wurde zum einen die politische Beteiligung in Parteien, der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen verstanden. Zum anderen zählten auch das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten dazu.

Die Befunde des Surveys zeigen, dass räumlich sehr mobile (17 %) im Vergleich zu nicht oder weniger mobilen Erwerbstätigen (24 %) seltener regelmäßig bürgerschaftlich engagiert sind. Dabei ergäben sich geringere Quoten freiwilligen Engagements für alle untersuchten Mobilitätsformen, betonte Dr. Rüger. Die Mehrzahl der mobilen Erwerbstätigen hätten mit der Aufnahme ihrer Mobilität das bürgerschaftliche Engagement reduziert (30%) oder ganz beendet (21 %). Ihr Engagement ausgeweitet haben lediglich 6 %. Die Resultate verwiesen auf eine Vereinbarkeitsproblematik insbesondere bei den zirkulären und multilokalen Mobilitätsformen, so der Soziologe. Verantwortlich dafür seien vor allem die wiederkehrende und wenig vorhersehbare zeitliche Beanspruchung und die räumliche Abwesenheit vom Lebensmittelpunkt. Daraus könnte sich ein gesellschaftlicher Zielkonflikt andeuten: Die Forderungen nach räumlicher Mobilität und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt könnten einem umfassenden freiwilligen Engagement im Sinne einer intakten Zivilgesellschaft entgegenstehen, warnte Dr. Rüger.

Dr. Andreas Mergenthaler: Abschlussplenum des Runden Tischs „Aktives Altern – Übergänge gestalten" am 31.05.2017 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Auf Anfrage des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erläuterte Dr. Andreas Mergenthaler im Rahmen eines Impulsvortrags die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der geburtenstarken Jahrgänge – der sogenannten „Babyboomer" – in Deutschland.

Vor den Vertreterinnen und Vertretern u. a. des Bundesministeriums für Gesundheit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenvertretungen sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes stellte Dr. Mergenthaler die Babyboomer, die den Jahrgängen von ca. Anfang bis Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre angehören, im Kontext der aktuellen Bevölkerungsentwicklung und Reformen der Rentengesetzgebung dar.

Er betonte, dass die Babyboomer aktuell einen wesentlichen Teil der Erwerbsbevölkerung stellen. Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme könnten ab dem Jahr 2020 auftreten, wenn die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter wechseln. Viele Babyboomer verfügen jedoch auch als ältere Erwachsene über erhebliche Potenziale, die sowohl für den einzelnen Menschen als auch für die Gesellschaft nutzenstiftend sein können. So sind die Erwerbstätigenquoten der Babyboomer im Vergleich zu früheren Jahrgängen – insbesondere bei den Frauen –, deutlich höher, was eine günstige Prognose für eine verlängerte Erwerbsbeteiligung zulässt.

Frank Swiaczny: Wie geht es weiter mit der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland?

Bei den Demografiegesprächen des Bundesarbeitgeberverbands Glas und Solar e.V. am 27. Juni 2017 in München stellte Frank Swiaczny aktuelle Bevölkerungsprognosen auf der Basis der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vor. Besonders die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen werde von einer deutlichen Schrumpfung und Alterung bis 2060 betroffen sein, meinte Swiaczny. Allerdings werden sich die Auswirkungen des demografischen Wandels

je nach Region unterschiedlich auswirken. Das Beispiel Deutschland mache somit deutlich, wie sich auf relativ engem Raum Regionen mit Wanderungsgewinnen und -verlusten herausbilden können. Im Hinblick auf spekulative Annahmen, dass die zunehmende Zuwanderung nach Deutschland das Ausmaß der Alterung aufzuhalten vermag, widersprach er deutlich: Davon könne nicht ausgegangen werden, betonte er.

Bernhard Gückel, BiB

Veranstaltungen

6. Hohenheimer Tage der Familienpolitik am 14. und 15. November 2017

Zielsetzungen für Familienpolitik unterliegen einem stetigen Wandel – in den letzten Jahren gewinnen zunehmend Fragen des Wohlergehens von Familien an Bedeutung.

Die Tagung am 14. und 15. November 2017 in Stuttgart-Hohenheim stellt Konzepte und empirische Befunde zum Thema Wohlergehen aus der Perspektive von Eltern und Kindern vor. Einzelne Bereiche wie Fluchterfahrungen, zeitliche Restriktionen oder die ökonomische und gesundheitliche Situation werden in Denkwerkstätten praxisnah vertieft. Die Rubrik „Zukunftsfragen der Familie“ widmet sich dem Thema „Digitalisierung und Familie“. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Frage, wie sich die Lebenssituation von Familien vor dem Hintergrund der aktuellen Familienpolitik in den vergangenen Jahren entwickelt hat und inwieweit die Familienpolitik Einfluss auf das Wohlergehen von Familie nimmt.

Mit dabei ist auch Dr. Martin Bujard vom BiB. Er befasst sich u. a. mit dem Paradigmenwechsel in der Familienpolitik im Hinblick auf die Wirkungen auf das Wohlergehen von Familien und zeigt zukünftige Handlungsfelder auf.

Zudem nimmt Dr. Bujard am Podiumsgespräch zum Thema „Familienfreundlichkeit: Anspruch und Wirklichkeit“ teil. Mit ihm diskutieren Sven Iversen (Berlin), Petra Mackroth (Berlin) sowie Hans-Jürgen Lutz (Offenburg).

Programm und Anmeldung

http://www.statistik-bw.de/FaFo/Aktuell/Aktuell.dyn?20170710.1.xml

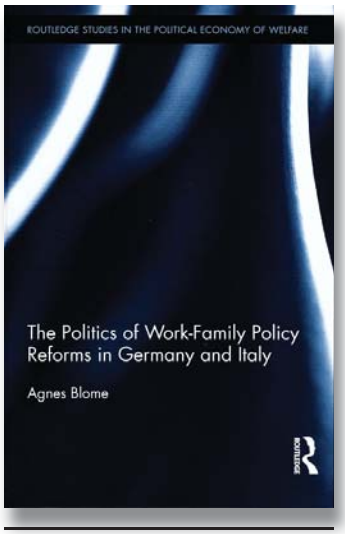
Buch im Blickpunkt

Agnes Blome:
The Politics of Work-Family Policy Reforms in Germany and Italy

In Deutschland vollzog sich in den letzten 10 Jahren ein tiefgreifender Richtungswechsel in der Familienpolitik, dessen Ursachen seit einiger Zeit in der sozialwissenschaftlichen Forschung diskutiert werden. Die Frage ist insofern von Bedeutung, als dem deutschen Sozialstaat häufig eine gewisse Reformträgheit zugeschrieben wird. Vor diesem Hintergrund untersucht der Band die Gründe für den Wandel in Deutschland, der auch als Paradigmenwechsel bezeichnet wird. Außerdem wird die Frage gestellt, warum ein Land wie Italien, das am Anfang der 2000er Jahre mit ähnlichen strukturellen Problemen und einem erheblichen Reformbedarf seines Wohlfahrtsstaates zu kämpfen hatte, nicht in der Lage war, ähnliche Reformen durchzusetzen.

Welche Faktoren begünstigen durchgreifende Veränderungen im Wohlfahrtsstaat und warum? Spielen institutionelle Besonderheiten im politischen Prozess eine Rolle, wirkt sich der Parteienwettbewerb aus oder sind veränderte kulturelle Normen und Einstellungen hier von entscheidender Bedeutung? Diese zentralen Fragen stehen im Fokus des Bandes, der zunächst in Kapitel 1 grundsätzliche Charakteristika des deutschen und italienischen Politiksystems und beider Wohlfahrtsstaaten vergleicht.

Aus demografischer Sicht erfuhren beide Länder Anfang der 1990er Jahre politische Schocks, die Konsequenzen für die Gestaltung von Familienpolitik hatten: In Deutschland mussten zwei unterschiedliche Modelle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Zuge der Wiedervereinigung integriert werden. Italien erlebte zu dieser Zeit eine tiefe politische Krise, die letztlich zum Kollaps des italienischen Parteiensystems führte und die Chancen für eine Neuausrichtung der Familienpolitik erhöhte. Trotz vieler Ähnlichkeiten in der Ausrichtung des Wohlfahrtsstaats, in den ökonomischen Strukturen, soziodemografischen Herausforderungen, den Ansätzen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, den politischen Institutionen sowie in der politischen Linie der Regierungen folgten aber beide Länder besonders nach dem Jahr 2000 unterschiedlichen Wegen bei der Gestaltung ihrer Familienpolitik.



Das Buch:
Agnes Blome:
The Politics of Work-Family Policy Reforms in Germany and Italy
Routledge, London & New York 2017
ISBN: 978-1-138-84140-6(Print)
ISBN 978-1-315-73223-7 (eBook)

Veränderte normative Einstellungen der Wählerschaft als wichtige Grundlage des Wandels

Die Suche nach den Ursachen für diese Entwicklung beginnt in Kapitel 2 mit der Präsentation des theoretischen Rahmens der Analyse. Ausgegangen wird von der Annahme, dass gerade in der Familienpolitik normative Einstellungen über die Familie, Geschlechterrollen oder die Rolle des Staates für die Gestaltung, das Ausmaß und den Wandel von Politiken eine entscheidende Rolle spielen. Somit wird ein Wandel der normativen Einstellungen in der Bevölkerung als Treiber für den umgesetzten Politikwandel betont. Bei der Umsetzung normativer Einstellungen in konkrete Politiken sind dann die Parteien als politische „Agenda-Setter“ von großer Bedeutung. Daher muss bei der Untersuchung auch der Beitrag der politischen Parteien für die Reformen im Hinblick auf ihre Verantwortlichkeit und den Parteienwettbewerb miteinbezogen werden. Dies gilt insbesondere für die sie stützenden Wählergruppen und ihre Einstellungen, die sich verändern können. Hier richtet sich der Blick vor allem auf die Mobilisierung der Frauen als Wählergruppe, die eine zentrale Variable für die Erklärung der durchgeführten familienpolitischen Reformen darstellt. Zudem spielen Frauen eine Hauptrolle als politische Akteure, die ihre Interessen in die Partei einbringen – und dazu gehören ohne Frage zentrale Inhalte der Familienpolitik, wie sie dann am Ende auch umgesetzt wurden.

Große Bandbreite an familienpolitischen Maßnahmen in Europa

Wie lassen sich die politischen Reformen messen und international vergleichen? Diese Frage steht im Zentrum von Kapitel 3. Hier richtet sich der Blick auf die eingeleiteten Reformen zwischen den Jahren 1990 und 2008 in 15 europäischen Wohlfahrtsstaaten. Die Analyse belegt eine Vielzahl an Veränderungen vor allem in den Bereichen Zeitpolitik und Kinderbetreuung. Einhelliges Ziel der Politiken war es, beide Elternteile zu ermuntern, weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Trotz dieser Absicht existieren bei der Umsetzung von familienpolitischen Reformzielen allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern. Zudem gibt es auch innerhalb der Länder keine absolute Kohärenz zwischen den einzelnen Politikmaßnahmen.

Insgesamt zählen Deutschland und Dänemark im Hinblick auf die Verwirklichung des Zwei-Verdienermodells zu den am stärksten reformorientierten Ländern, während sich Italien und Griechenland bei diesem Thema im analysierten Zeitraum am wenigsten aufgeschlossen zeigten gegenüber Reformen.

Familienpolitik: Wandel in Deutschland, aber Stagnation in Italien

Wie sich die politische Entwicklung des Wandels im Detail darstellt, zeigt Kapitel 4 am Beispiel von Deutschland und Italien. Aus historischer Perspektive wird deutlich, dass beide Länder für eine längere Zeit durchaus ähnliche politische Pfade in der Familienpolitik einschlugen. So trugen beispielsweise über Jahrzehnte die faschistische Vergangenheit, die Politik der christdemokratischen Parteien sowie die Positionen der katholischen Kirche in beiden Ländern zur Etablierung und Bewahrung eines Familienmodells mit dem Mann als alleinigem Ernährer bei. Deutschland verabschiedete sich von diesem Modell mit der Einführung bzw. der Expansion einer Vereinbarkeitspolitik von Beruf und Familie spätestens nach der Jahrtausendwende. Die eingeleiteten Reformen führten zu einem Paradigmenwechsel, in dem nun das Zweiverdienermodell im Mittelpunkt stand. Dagegen behielt Italien seinen Kurs weiterhin bei, den Mann als Ernährer der Familie zu definieren. Hinzu kam, dass im Gegensatz zu Deutschland keine adäquate Vereinbarkeitspolitik zur Unterstützung von Eltern angeboten wurde.

Wo liegen die Ursachen der unterschiedlichen Pfade in der Familienpolitik?

Dazu widmet sich Kapitel 5 unter anderem der Frage, ob sich die Einstellungen der deutschen und italienischen Bevölkerung zur Erwerbstätigkeit von Müttern gewandelt haben. Darüber hinaus wird untersucht, inwiefern die Forderungen für eine fortschrittlichere Familienpolitik durch bestimmte Wählergruppen unterstützt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Wandel der normativen Einstellungen und des Wählerverhaltens zu einem zunehmenden Wettbewerb der Parteien auf der Jagd nach Wählerstimmen bei familienpolitischen Themen führen wird. Die Analysen belegen einen breiten Umschwung der Präferenzen zur Müttererwerbstätigkeit insbesondere in den westdeutschen Bundesländern zwischen 1990 und 2008: So unterstützt die deutsche Bevölkerung im Durchschnitt eine signifikant stärkere Förderung von Müttern, die weiterhin erwerbstätig bleiben wollen. Dieser Wandel lässt sich für Italien nicht nachweisen. Damit war eine Schlüsselbedingung für familienpolitische Reformen in Deutschland gegeben. Zugleich wird aber auch deutlich, wie heterogen die Einstellungen in der deutschen Bevölkerung verteilt sind. So ist vor allem bei den Akademikerinnen sowie Bessergebildeten die Unterstützung für erwerbstätige Mütter deutlich ausgeprägter. Geringqualifizierte und religiöse Menschen lehnen in Deutschland überwiegend weiterhin die Müttererwerbstätigkeit ab. Diese Veränderungen in den Einstellungen blieben nicht ohne Folgen für einen verstärkten Parteienwettbewerb um Wählerstimmen. Nun galt es für die Parteien sich in der Familienpolitik neu auszurichten und mit der Opposition um bestimmte Wählersegmente mittels neuer Konzepte zu konkurrieren. Dagegen sahen die Parteien in Italien angesichts eines fehlenden Umschwungs bei den Einstellungen zu familienpolitischen Themen wie der Müttererwerbstätigkeit keinen Anlass für einen durchgreifenden Politikwandel, auch wenn wie in Deutschland eine gesellschaftliche Präferenz für eine Unterstützung erwerbstätiger Mütter besonders in der Gruppe der Akademikerinnen vorhanden war.

Hat die Zunahme des Frauenanteils in Parlament und Regierung Einfluss auf den Wandel der Familienpolitik?

Im untersuchten Zeitraum zwischen 1990 und 2008 ist die politische Repräsentation von Frauen auf den unterschiedlichen politischen Ebenen in Parlament, Re-

gierungskoalitionen und in den Kabinetten sowohl in Deutschland als auch in Italien gestiegen. In Kapitel 6 wird daher angenommen, dass dieser Anstieg für die Durchsetzung einer frauenfreundlichen Familienpolitik einen wichtigen Beitrag leisten kann. In Deutschland lag der Anteil von Ministerinnen seit 2002 auf dem höchsten Niveau. In Italien wurde dagegen trotz eines Zuwachses an Ministerinnen die „kritische Masse" der Zahl an Frauen im Parlament verfehlt. Daher war der weibliche Einfluss auf die Politikgestaltung deutlich begrenzter als in Deutschland. Somit war hier die Situation für Politikerinnen im Parlament und auf höherer Ebene schwieriger, sich aktiv für eine fortschrittlichere Familienpolitik einzusetzen.

Einstellungswandel: Wachsende Präferenzen für das Doppelverdienermodell

Die Entwicklung hin zu einem Wandel familienpolitischer Ziele war keineswegs das Ergebnis eines abrupten Wandels der an der Regierung beteiligten Parteien, wie aus Kapitel 7 hervorgeht. Demnach waren die familienpolitischen Reformen das Ergebnis eines Ende der 1990er gestarteten und mehrere Jahre andauernden Anpassungsprozesses der beiden großen Parteien an veränderte Präferenzen. Dabei bedeutete dies vor allem für die CDU als traditionelle Verfechterin des männlichen Einverdienermodells einen überraschenden Sprung. Zugleich wurde aber auch klar, dass die Reformen ohne die gestiegene Zahl an politisch aktiven Frauen sowie die zielgerichtete Politik der zuständigen Ministerinnen in jener Periode wohl nicht durchgesetzt worden wären. Entscheidend war dabei auch die Erkenntnis der Parteien, dass eine progressiv ausgerichtete Familienpolitik angesichts veränderter Präferenzen in der deutschen Gesellschaft ein gewinnbringendes Thema für den politischen Wettbewerb darstellt – indem es für Stimmenzuwächse bei Wahlen sorgen kann.

Keine Chance für politischen Konsens: Die Lage in Italien

Ganz anders stellt sich dagegen die Situation in Italien dar, wie aus Kapitel 8 hervorgeht: Hier zeigte sich die Politik – unabhängig von Parteiangehörigkeit oder Koalitionszugehörigkeit – weitgehend desinteressiert an einer Reform der Familienpolitik. Verantwortlich dafür war zum einen das Fehlen veränderter Einstellungen in der Gesellschaft zur Müttererwerbstätigkeit und zum anderen gab es im Gegensatz zu Deutschland keine strukturellen Veränderungen der Wählermilieus in Bezug auf die Familienpolitik. Nichtsdestotrotz kam es 1996 und 2006 zu einigen Reformbemühungen, die allerdings ideologischen Debatten über die Familie und einer insgesamt niedrigen Priorität der Familienpolitik (trotz starker politischer Bekundungen, mehr für die Familien zu tun) auf der politischen Agenda zum Opfer fielen. Zudem wurden Politikansätze, die eine Stärkung der Müttererwerbstätigkeit anstrebten, als nicht förderlich bei der Suche nach Wählerstimmen betrachtet – im Gegensatz zur deutschen Entwicklung.

Fazit: In Deutschland führten viele spezielle Konstellationen zum Wandel der Familienpolitik

Damit ergibt sich im Vergleich der beiden Länder eine für Deutschland besondere Konstellation für eine reformierte Familienpolitik: zum einen eine Neuausrichtung der Einstellungen in der Wählerschaft zu familienpolitischen Themen (z. B. durch eine wachsende Präferenz für das Zweiverdienermodell). Diese stellte die etablierten Parteien vor das Problem, sich neu auszurichten zu müssen, um so mit der Opposition um bestimmte Wählergruppen mit neuen Konzepten in der Familienpolitik zu konkurrieren. Diese Wandelbereitschaft sowohl auf Einstellungs- als auch auf Parteienebene, die bereits Ende der 1990er Jahre einsetzte, war so im italienischen System nicht erkennbar. Der Fall Deutschland belegt daher, dass sozialpolitischer Wandel trotz verschiedener institutioneller Hindernisse möglich ist. Allerdings bedarf es dazu auch der Voraussetzungen durch geänderte Präferenzen – und Parteien, die die Bedeutung des Themas als Wahlkampfschlager erkennen und politisch durchsetzen wollen.

Bernhard Gückel, BiB

Kurz vorgestellt

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Europas demografische Zukunft. Wie sich die Regionen nach einem Jahrzehnt der Krisen entwickeln. Berlin 2017

Europa steht vor einem gravierenden demografischen Problem: Wegen der anhaltend niedrigen Kinderzahlen schrumpfen vielerorts die Bevölkerungen. Immer mehr Menschen gehen in Rente, während zugleich immer weniger von unten in den Arbeitsmarkt nachrücken. Damit stellt sich die Frage, wie sich unter diesen Bedingungen der Wohlstand halten bzw. ausbauen lässt. Somit ist es Aufgabe aller europäischen Länder, sich an die Alterung der Bevölkerung anzupassen, ohne dabei die Kraft zur wirtschaftlichen Erneuerung zu verlieren. Vor diesem Hintergrund untersucht die aktuelle Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung die Bedingungen in den europäischen Regionen für die Anpassung an die demografischen Veränderungen.

Der Überblick über die einzelnen Länder zeigt, dass sich die Situation im Vergleich zur 2008 durchgeführten Untersuchung deutlich verändert hat. So haben sich die Rahmenbedingungen für eine kontrollierte und weitsichtige Politik dramatisch gewandelt und in vielen Fällen verschlechtert. Dazu beigetragen haben neben der Finanzkrise 2007/2008 vor allem auch der Zustrom von mehr als einer Million Flüchtlinge nach Europa, die Ängste vor einer Erosion des Wohlstands in den EU-Ländern schürten.

All diese Krisen und Verwerfungen haben Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung, etwa im Hinblick auf die Folgen der Migrationsbewegungen. Damit rücken vor allem die ökonomischen Potenziale in den einzelnen Regionen in den Fokus. Dabei werden in der Analyse besonders die regionalen Disparitäten in der EU sichtbar.

Text: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Zusammenfassung: Bernhard Gückel, BiB

Download des Bandes unter

http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Europas_demografische_Zukunft_2017/Europa_online.pdf

Impressum

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 4/2017 – 38. Jahrgang
Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid
Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 75 22 35
E-Mail: post@bib.bund.de
De-Mail: kontakt@bib-bund.de-mail.de
Internet: www.bib-demografie.de
ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0420179
„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 4/2017 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.